

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.
Helleste Seltung des Bezirks

Zeugpreis: Für einen Monat 2.20 RM.
mit Infragen, einzelne Nummern 15 Reichs-
pfennige :: Gemeinde-Verbands-Konto
Nr. 3. :: Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde
Nr. 403 :: Postfachkonto Dresden 12548

Anzeigenpreis: Die 42 Millimeter breite
Zeile 20 Reichspfennige. Eingekauft und
Reklamen 60 Reichspfennige

Verantwortlicher Redakteur: Felix Uehne. — Druck und Verlag: Carl Uehne in Dippoldiswalde.

Nr. 137

Montag, am 16. Juni 1930

96. Jahrgang

Versteigerung.

Dienstag, den 17. Juni d. J., vormittags 10 Uhr, soll in
Reichsstadt (anterer Osthof)
ein Kulkswagen (Handelswagen)
öffentlich gegen Vorzahlung versteigert werden.
Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Dippoldiswalde.

Versteigerung.

Am 17. 6. 30 8 Uhr vormittags sollen in Reinholdshain
ein 2-Köhren-Radioapparat, 1 Brutapparat,
2. 10 Uhr vormittags in Hirschbach versch. Wohnungs-
möbel, 1 Klavier, 1 Drehmangel
3. 10 Uhr vormittags in Dippoldiswalde 1 Grammophon,
1 Nähmaschine, Wohnungs- und Ladenmöbel, Bestände
einer Farben- und Drogeriehandlung
öffentlich und meistbietend gegen Vorzahlung versteigert werden.
Sammelort der Bieter zu 1. und 2. im Ortsgasthof und zu 3.
im gerichtlichen Versteigerungsraum.
Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Dippoldiswalde.

Bekanntmachung.

Nach vorliegender Anzeige ist das von uns angelegte
Einlagebuch
Nr. 12762, lautend auf Johann Lehmsich, Dippoldiswalde
abhanden gekommen.
Der etwaige Inhaber dieses Buches wird hiermit aufgefordert,
seine Ansprüche bei deren Verlust binnen 2 Monaten hier
anzumelden.
Dippoldiswalde, am 16. Mai 1930.

Die Städtische Spartasse.

Deitliches und Sächsisches.

Dippoldiswalde. Trübe begann der Sonntag. Nach einem
ganz plötzlich und heftig einsetzenden Gewitter-Regenguß in
der neunten Vormittagsstunde klärte sich der Himmel aber
auf und die Sonne schien warm herab. Von der angelegten
„erheblich kühleren“ Witterung war nichts zu spüren. Regner
Ausflugverkehr herrschte; außerdem war's der letzte Ferien-
tag. Ganz außerordentlich groß war der Verkehr an der
Talsperre. Die Verbotschilder wurden vielfach nicht beachtet,
so daß man sich zu einer polizeilichen Razzia entschließen
musste. Dabei wurden gegen 50 Personen abgeführt, die
besonders an der rechten Seite, an der Bahn entlang, noch
nicht abgeerntete Wiesen betreten oder sich darin gelagert
hatten oder von dort aus in der Talsperre badeten. Auch
dem Ruder- und Segelsport wurde stark gehuldigt. Die
Wanderer suchten mehr die Waldeshäute auf und ergötzen
sich an dem herrlichen Duft des Maiwuchses. Der Bahn-
und Kraftwagenverkehr war stark.

Der Rentner Raden, der wegen gleichen Deliktes schon
vorbestraft ist, wurde am Sonnabend wegen eines Sittlich-
keitsvergehens, begangen an einem 10-jährigen Mädchen, von
der Gendarmerie dem Amtsgericht zugeführt, nach Vernehmung
aber wieder auf freien Fuß gesetzt.

Dippoldiswalde. Nächsten Mittwoch, den 18. 5., abends
8 Uhr, findet der 3. kirchliche Vortrag statt und zwar nicht
in der Kirche, sondern im Saal des „Stern“. Pfarrer Müller
aus Schmiedeberg wird unter dem Thema „Das Evangelium
in Kurzfachen um 1730“ über die religiösen Bewegungen,
Kämpfe und Verfolgungen jener Zeit sprechen und dabei
zugleich in das Zinnwalder Jubiläumsspiel „Glaubensstreu“,
das am Sonntag zur Aufführung kommt, einführen. Er als
Verfasser des Stückes ist in erster Linie befaßt und befähigt,
mit dem Inhalte des Stückes bekannt zu machen und den
geschichtlichen Hintergrund aufzuzeigen. Eintritt zum Vortrags-
abend wird nicht erhoben, auch ist niemand verpflichtet, etwas
zu genießen.

Dippoldiswalde. Gestern abend gegen 1/9 Uhr wurde am
westlichen Himmel ein Gegenstand beobachtet, den man als einen
losgelassenen Fesselballon, dann auch wieder als einen Fallschirm
deuten konnte. Er senkte sich ziemlich langsam herab und es schien,
als sei er hinter dem Höhenzuge hinter der Perschens Villa nieder-
gefallen. Eine sofort unternommene Streife war resultatlos.
Hoffen wir anfangs diese Beobachtung nur von einer Familie, so
wurde uns kurz vor Druck berichtet, daß diese Erscheinung auch
noch andere beobachtet haben.

Dippoldiswalde. Am Sonnabend abend hielt die Ratio-
nalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei in der
Reichshalle eine öffentliche Wahlversammlung ab. Jitha 120
Personen hatten sich eingefunden, vom Ortsgruppenführer Schubert
für im Namen seiner Partei willkommen geheißen. Parteigenosse
Kunze, Berlin, ein Mann von 60 Jahren, sprach über das Thema:
„Vor dem Versuch unserer Wirtschaft und Währung“. Er führte
u. a. aus: Die letzte Landtagswahl hätte eine große Bedeutung
wie nie zuvor. Gelte es doch, aus dem roten Chaos ein zweites
Thüringen zu machen. Hand in Hand mit Thüringen wollte man
dann an den Aufbau des deutschen Reiches gehen. Der Redner
beschrieb dann eingehend den Dawes- und Youngplan. Letzterer
hätte schon unangenehm über das deutsche Volk gebracht und
würde es vor allem noch tun. Bis jetzt hätte es immer gehen:

Lohnabbau oder Tarifierhöhung?

Reichsbahnverwaltungsrat zunächst für Erhöhung der
Personentartife ab 1. September.

— Berlin, 16. Juni.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-
Gesellschaft hielt in Berlin seine erste Sitzung in neuer
Besetzung, d. h. ohne Teilnahme ausländischer Mitglie-
der ab. Angesichts der ernstlichen Finanzlage der Bahn
wurde beschlossen, die Reichsregierung um die Zusim-
mung zu einer Erhöhung der Personentartife mit Wir-
kung vom 1. September zu ersuchen.

Die Mehreinnahme aus dieser Erhöhung soll 45
Millionen Mark im Jahre erbringen. Um das zu
erreichen, müßten die jetzigen Tarife des Personenver-
kehrs um 3 Prozent erhöht werden.

Ueber die Finanzlage des Unternehmens wurde
im übrigen noch mitgeteilt, daß die Einnahmen von
Januar bis Mai 1930 um rund 260 Millionen Mark
hinter denen des Vorjahres zurückgeblieben sind.

In Ergänzung der amtlichen Meldung über die
Lage des Verwaltungsrates wird von anderer Seite
noch mitgeteilt, daß die Reichsbahn auch noch einen

zweiten Plan in Reserve hat. Danach will sie auf die
neue Erhöhung der Tarife — die sich ja schlecht mit
der Politik des Lastenabbaues verträgt — verzichten,
wenn ihre Ausgaben durch Senkung der Gehälter ver-
mindert werden. Trifft das zu, und wird dieser Plan
weiter verfolgt, dann würde, da ja die Gehälter den
Reichsbahnbeamten denen der Reichsbeamten gleichge-
stellt sind, damit die Frage der Befoldung der Reichs-
beamten in ihrem gesamten Umfange aufgerollt werden.

Hinsichtlich der Arbeiterentlassungen kam
zwischen den Gewerkschaften und der Reichsbahn eine
Einigung dahin zustande, daß die Hauptverwaltung auf
die Dauer von zwei Monaten auf die Ueberzeitarbeit in
den Werkstätten verzichtet. Die Eisenbahnerorganisa-
tionen stimmten zu, daß bis zu zwei Feiertagen im
Monat in der Zeit vom 1. Juli bis 1. Oktober
festgesetzt werden können. Es war jedoch nicht möglich,
die Hauptverwaltung von ihrer Absicht, Arbeiter zu
entlassen, abzubringen; es wurde lediglich erreicht, die
Zahl der abzubauenen auf 1900 zu begrenzen.

Parteiwohl über Gemeinwohl. Das größte Verbrechen an deut-
schen Völkern wäre die Inflation gewesen. Er erinnere alle An-
wesenden nochmals an das Elend, was durch die kaum zu be-
rechnenden Zahlen hervorgerufen wurde. Nach Annahme des
Dawesplanes hätte Stresemann gesagt, jetzt würde langsam ein
Silberstreifen am Himmel sichtbar werden. Noch nie wäre es aber
so schlecht gewesen wie zurzeit, einen Ort aufzustellen. Je schlech-
ter es dem Volke ginge, um so besser ginge es den Bonzen, die
mit Hilfe des Parteibuches führende Stellen eingenommen hätten.
Die Wirtschaft stöhne und ächze unter der Steuerlast. Jetzt er-
warte sie wieder eine Sondersteuer für alle Festbesoldeten, eine
Sondersteuer für alle Lehren, eine Erhöhung der Arbeitslosenver-
sicherungsbeiträge usw. usw. Eine wahre und gesunde Volks-
gemeinschaft könne nur entstehen, wenn man nichts mehr mit dem
Parteiismus und mit dem bürgerlichen Eigennutz zu tun haben
wolle. Darum sollte man am Sonntag nur die National-
sozialistische Deutsche Arbeiterpartei wählen. — Als Gegenredner
trat ein Vertreter der kommunistischen Opposition, Bürgermeister
Fritz Schreier, Ithadmit, auf. Seine Ausführungen wurden
hübl entgegengenommen, während die Ausführungen des Ver-
sammlungsredners beifällig aufgenommen wurden.

Dippoldiswalde. Im Juni und Dezember hat sachungsgemäß
die Allgemeine Ortskrankenkasse für die Stadt Dippol-
diswalde Ausschüsse-Sitzungen abgehalten. Für diesmal hat
sie am Sonnabend im Rathaus statt. Es gab Zeiten, wo diese
Sitzungen außerordentlich gut besucht waren und wo lebhafteste
Debatten Stundenlang hin und her wogten. In den letzten Jahren ist
es immer sehr ruhig zugegangen, die Tagesordnung war schnell er-
ledigt und der Beschluß... war mehr als schwach. Auch am Sonn-
abend, außer 5 Vorstandsmitgliedern waren nur 3 Arbeitgeber-
und 16 Arbeitnehmer-Vertreter anwesend. Der Ausschuß-Vor-
sitzende, Schuhmachermeister Jähnel, bedauerte den geringen Be-
such, deutete ihn aber dahin, daß man mit der Geschäftsführung
zufrieden sei. Er ermahnt die Vertreter, doch wenigstens die zwei
Ausschüß-Sitzungen zu besuchen. Als Beisitzer betrat er die Ver-
treter Pinder als Arbeitgeber- und Scholz als Arbeitnehmer-Ver-
treter. Geschäftliche Mitteilungen machte Geschäftsführer Adam.
Er griff zurück auf den Beschluß von 1929, der den Vertretern ge-
drückt zugewandt, auch von uns schon besprochen worden ist, und
stellte fest, daß sich da Einnahmen und Ausgaben nahezu aus-
gleichten und die gute Zeit für die Kasse vorbei zu sein scheint.
Dann gab er eine Uebersicht über die Einnahmen und Ausgaben im
1. Vierteljahr, wo letztere erstere um über 5000 RM. über-
stiegen. Die Beiträge brachten 41 778 RM., davon allein 18 353 für
Arbeitslose und 4133 RM. für Versicherungsbeiträge. Im ganzen
betragen die Einnahmen 47 516 RM., die Ausgaben aber 53 648 RM.
In der letzten Zeit von drei Monaten gezahlt werden: während die
Verwaltungskosten 4909 RM. erreichten. Der Mitgliederstand, der
1928 nur 1780 Mitglieder betrug, liegt 1929 auf durchschnittlich
1941 und war am 1. Februar 2327 Mitglieder, am 1. April 2450.
Geschäftsführer Adam hofft, daß die Ueberschreitung bis Dezember
wieder heringeht wird. Die Tatsache, daß es auch anderen
Kassen schlecht geht, ist nur ein schwacher Trost. Anschließend be-
richtete der Geschäftsführer noch über Verhandlungen in Berlin
wegen der Neubearbeitung der Krankenkassenversicherungs-Ordnung.
Der Punkt 2 der Tagesordnung betraf die Richtsprache der
Jahresrechnung 1929. Für die Prüfer sprach Steuerpolier Hesse.
Er stellte die Richtigkeit fest und drückte sein Lob aus für die
außerordentlich gewissenhafte Führung der Bücher. Auf seinen
Antrag hin wurde die Jahresrechnung richtig gesprochen und dem
Geschäftsführer Entlastung erteilt. Anträge waren nicht einge-
gangen, auch unter verschiedenen Kassensachen kamen nur
wenige und unbedeutende Anfragen. Die Sitzung konnte daher
bereits nach halbständiger Dauer geschlossen werden.

Am Sonntag gegen 1/9 Uhr abends passierten gegen 250
E.M.-Leute der NSDAP. von den Stillmen 50, 5, 16 und 67 mit
fünf Kraftwagen unsere Stadt. Sie befanden sich auf einer
Verbesfahrt. Nach 9 Uhr fuhren sie weiter. Auf dem Ober-
platz hatte sich eine große Zuschauermenge eingefunden.

Dippoldiswalde. Nach acht schönen Ferientagen begann an
den hiesigen Schulen heute morgen wieder der Unterricht.
Glückwünsche. Dem aufmerksamen Beobachter unserer Wasser-
verhältnisse wird es nicht entgangen sein, daß in den letzten Tagen

der Wasserzufluß in unseren Bächen geringer geworden ist. Von
Bedeutung ist hierbei, daß in der jetzigen heißen Zeit von immer-
hin noch nicht allzu langer Dauer der Hochwasser der südlichen
Wasserleitungen schon reagiert, indem auch hier der Zufluß aus
dem Quellgebiet schon nachgelassen hat, was eigentlich noch nicht
vorkommen dürfte. Der Stadtverwaltungsrat und der spezielle Aus-
schuß des Stadterordnetenkollegiums erwacht deshalb die Auf-
gabe, doch nochmals die Frage zu prüfen, ob sich nicht doch noch
eine Erweiterung des Schräbrensches im Quellgebiet notwendig
macht, zumal die vor Jahresfrist beschlossenen Erhebungen der
Wassergebühren Rücklagen für derartige eventuelle Schäden
sollten. Die vor zwei Jahren abgeschlossenen Arbeiten im Prieß-
nitztal haben vorwiegend der besseren Regulierung gedient.

Falkenhain. Am vergangenen Sonnabend brach nach-
mittags 1/2 Uhr bei dem Gutsbesitzer Albin Gehler, Falken-
hain Nr. 6, ein Schadenfeuer aus. In sehr kurzer Zeit
brannte seine Scheune völlig nieder, worin sämtliche Wirtschafts-
geräte und zahlreiche Maschinen, sowie eine Fuhre Heu, vier
Wägen und gegen 200 Zentner Stroh untergebracht waren.
Alles fiel den Flammen zum Opfer. G. selbst weiß nicht, wie
jenes Feuer entstanden ist, vermutlich ist Kurzschluß die Ur-
sache. Gehler's Angehörigen waren hinter der Scheune mit
Heuwenden beschäftigt. Als der Schwiegersohn die ersten
Flammen entdeckte und G. rief, konnten nur mit Mühe noch
zwei Wagen gerettet werden, da durch das Aufmachen der
Scheuntore das Feuer noch angefaßt wurde und in kurzer
Zeit alles in Flammen stand. Zu Hilfe trafen 6 Spritzen
ein, als erste die Johannsbacher Pflichtfeuerwehr, dann die
Bärenburger Motorspritze, die Freiwillige Feuerwehr von
Johannsbach, die Hellaer Motorspritze, die Motorspritze des
Eisenwerks Schmiedeberg und die Freiwillige Feuerwehr
Schmiedeberg. Den ersten dreien fielen die Brämen zu. Die
Hellaer Motorspritze war im Begriff nach Teplitz zu fahren,
wo sie vorgeführt werden sollte. Auf der Fahrt durch Schmiede-
berg wurde der Fahrer auf das Feuer aufmerksam gemacht,
eilte der Brandstätte zu und leistete daselbst gute Dienste.
Dank der günstigen Windrichtung blieb das Wohnhaus un-
versehrt.

Harlmannsdorf. In der Nacht zum Sonntag wurde
auf Bürgermeister Hanel ein Raubüberfall verübt. Gegen
2 Uhr morgens wurde das Ehepaar wach, und als die
Ehefrau Licht anzündete, drangen plötzlich zwei Maskierte mit
vorgehaltenen Revolvern ins Schlafzimmer. Während einer
an der Tür stehen blieb, trat der andre ans Bett des Bürger-
meisters und verlangte das Geld und die Kassenschlüssel. Der
Bürgermeister, der keine Waffe zur Hand hatte, war macht-
los und mußte dem Zwange sich fügen und die Kasse aus-
händigen. Darnach entsetzten sich die Kerle, rückwärts gehend,
immer mit vorgehaltenem Revolver. Ehe sie in das Schlaf-
zimmer eingebrungen waren, hatten sie in der Wohnung alles
durchsucht und durchwühlt. Ein herbeigerufener Spätkund
verfolgte die Spur bis zur Staatsstraße Frauenstein—Klingen-
berg, wo sie sich verlor.

Dresden. Auf der Ringstraße, Ecke Seelstraße, ließ Freitag
nachmittag ein Krankenauto der Feuerwehr bei seiner Fahrt
über die Ringstraße in Richtung Rathaus—Marienstraße mit
voller Wucht auf ein Motorrad mit Beiwagen. Die beiden
Insassen wurden herausgeschleudert und mit blutenden Wunden
von dem Krankenauto abtransportiert.

Wetter für morgen:

Anfangs noch zeitweise aufziehende Winde aus östlichen
Richtungen. Bewölkungs-Rückgang. Nach etwas kühler Nacht
am Tage stärkere Erwärmung. Anfangs Gewitter-Regung.

Aus Stadt und Land.

Hoyerswerda. Waldbrand bei Hoyerswerda. Ein großer Waldbrand wütete nordöstlich von Bernsdorf im staatlichen Forst, der zur Gemeinde Schwarzkollm gehört. Das Feuer war gegen 3 Uhr nachmittags an zwei verschiedenen Stellen ausgebrochen. So daß Brandstiftung vermutet wird. Gegen Abend konnten die Flammen zum Stehen gebracht werden. Es sind etwa 200 Morgen Kiefern- und Fichtenbestand vernichtet worden. Die Feuerwehren der umliegenden Orte sowie Arbeitslose wurden zur Bekämpfung des Brandes herangezogen.

Leo Klarer aus der Haft entlassen. Leo Klarer ist am Freitagnachmittag auf Grund der ärztlichen Gutachten, die über seinen Gesundheitszustand abgegeben worden waren, ohne Kaution aus der Haft entlassen worden, nachdem er fast 1/2 Jahr sich in Untersuchungshaft befunden hatte. Von den drei Brüdern befindet sich jetzt nur noch Willy Klarer — der dritte Bruder, Max Klarer ist schon vor längerer Zeit wegen seines Krankheitszustandes aus der Haft entlassen — in Untersuchungshaft.

Im Brunnen betäubt und ertrunken. In Görlitz-Moys wurden der 46jährige Gärtnerbesitzer Jacob und der 42jährige Arbeiter Kretschmar bei Brunnenreparaturen von giftigen Gasen betäubt. Beide stürzten in den Brunnen und ertranken. Ein Gärtnerlehrling, der den beiden zu Hilfe eilen wollte, wurde ebenfalls von den Gasen auf der Stelle zu Boden geworfen, er konnte aber durch den Sauerstoffapparat der Sanitätskolonne zum Leben zurückgerufen werden. In den beiden anderen Brunnen blieben alle Wiederbelebungsversuche erfolglos.

Vorbereitungen für das Goethejahr 1932. Auf der Hauptversammlung der Goethegesellschaft wurde das vorläufige Programm für das kommende Goethegedenkjahr 1932 mitgeteilt. In der Karwoche sollen neben einer Huldigung an der Gruft die Staatstheater der deutschen Länder sowie Oesterreichs in Weimar je ein Goethisches Drama in Musterbesetzung spielen. Weimar selbst werde diesen Festspielzyklus mit einer zweitägigen Reihe umfassender Faustaufführungen an den Operntagen abschließen. Zum bleibenden Gedächtnis an das Gedekjahr soll der Ausbau des Weimarer Goethe-Nationalmuseums durchgeführt werden.

Eine Falschmünzerverkettung entdeckt. Die Kriminalpolizei von Stadtbach-Rheydt hat eine Falschmünzerverkettung im Stadtteil Rheydt ausgehoben. Seit längerer Zeit hatten bereits Spuren auf das Haus Bismarckstraße 93 gewiesen, in dem man eine Falschmünzerverkettung vermutete. Die Bewohner wurden unauffällig beobachtet, bis die Polizei jetzt zugreifen konnte. Es wurden ein Maurer sowie seine Ehefrau, drei Söhne und eine Tochter verhaftet. Man fand in den Taschen der Söhne sowie bei dem Maurer noch eine erhebliche Anzahl falscher Geldstücke, hauptsächlich Pfennigstücke. Auch in der Wohnung fand man eine ganze Anzahl falscher Pfennigstücke sowie Formen und Handwerkzeug zum Herstellen des Falschgeldes.

Die Befreiungsfeier in Bad Kreuznach. Die beteiligten Verbände und Behörden haben das Programm zur Befreiungsfeier der Stadt Kreuznach endgültig festgelegt. Die Befreiungsfeier soll in der Nacht vom 30. Juni zum 1. Juli stattfinden. Zunächst ist ein großer Fackelzug geplant, an dem sich die Turner- und Sportverbände und die Militärvereine beteiligen. Ein Marschchor von 500 Sängern wird das Deutschlandlied vortragen, während auf den umliegenden Höhen Freudenfeuer abgebrannt werden sollen.

Berufung im Koblenzer Beamtenbeschwerdenprozess. Die in dem großen Koblenzer Beamtenbeschwerdenprozess verurteilten Beamten und die beiden Kaufleute beabsichtigen, gegen das Urteil Berufung einzulegen. Wird dieser vor dem Reichsgericht eingeleitet, so wird das umfangreiche Prozessmaterial zum dritten Male aufgerollt werden müssen.

Kirchenspendung durch Bamberburgen. Bamberburgen haben sich in gemeinsamer Weise an einer Kapelle bei Ostending (Kreis Weiden) beteiligt. Die Burschen beschmierten die Wände der Kapelle mit unflätigen Wörtern, zertrümmerten die Fenster und ließen ihre Rohheit an den 14 Kreuzwegstationen der Kapelle aus. Einer Christuskopf wurde der Kopf abgeschlagen. Die Erregung der Bevölkerung ist sehr groß. Die Täter konnten nicht ermittelt werden.

Ein Straßenbahnwagen umgekippt. In Mörchster überschlug sich ein einstöckiger Straßenbahnwagen nach Ueberfahren mehrerer Weichen. Hierbei wurde eine Person getötet und 29 verletzt, von denen 19 im Krankenhaus zurückgehalten wurden. Die übrigen Verletzten haben kleinere Schnittwunden davongetragen.

Unfälle Zusammenstoß zwischen Bauern und Polizei. Nach Meldungen aus Valencia kam es zwischen der Landbevölkerung und der Polizei zu schweren Zusammenstoßen. Unbefriedigt über die Vorgehensweise der Beratungen zur Getreidefrage hatten sich die Bauern zu einer Kundgebung vor dem Haus des Zivilgouverneurs versammelt. Als sie der Aufforderung, sich zu zerstreuen, keine Folge leisteten, machte die Polizei von der Schusswaffe Gebrauch. Es kam zu einer allgemeinen Schießerei, wobei fünf Bauern und drei Polizeibeamte verletzt wurden.

Bayerischer Pilgerzug in Rom. Der bayerische Befand beim päpstlichen Stuhl veranstaltete einen Empfang zu Ehren des bayerischen Pilgerzuges, der in diesen Tagen in Rom eingetroffen ist, um an der Segnung des bayerischen Kapuziners Konrad von Bamberg teilzunehmen. An dem Empfang nahmen 400 Pilger unter Führung von Kardinal Faulhaber und den Bischöfen von Speyer und Passau teil. Unter den Pilgern befindet sich auch der Bürgermeister von Alt-Detting, wo Konrad von Bamberg als Kapuziner gewirkt hat. An dem Empfang bei dem bayerischen Befanden nahmen unter zahlreichen Persönlichkeiten auch Kardinalstaatssekretär Pacelli, die Kardinalen Ehrle und van Rossum, sowie der deutsche Befand von Rom teil.

10 Tote bei einem Hühnerstich. Bei Tirgu-Muzes in Rumänien ist eine Hühnerstich im Fluss untergegangen, da sie statt der vorgeschriebenen 30 Personen 55 Personen beförderte. 45 Personen konnten sich durch Schwimmen retten, die 10 anderen ertranken.

Kleine Nachrichten.

* Der Weltkongress wird am 23. Juni durch einen Festakt im neuen Theater zu Leipzig feierlich durch den Reichsminister Dietrich eröffnet werden.

* Auf der Internationalen Bergausstellung (Wald) wurde der Reichskongress der deutschen Bergbauarbeiter eröffnet.

* Wegen finanzieller Schwierigkeiten hat der 67 Jahre alte Wertmeister Biegler in München seine 38 Jahre alte Ehefrau, seine beiden 14 und 17 Jahre alten Söhne und dann sich selbst erschossen.

* Die Technische Hochschule Danzig hat den Präsidenten der Preussischen Dichtervereinigung, Walter von Wolanowski, seinen 50. Geburtstag in Anerkennung seiner Verdienste um den deutschen Osten zum Ehrenbürger ernannt.

* Anlässlich der großen Ausstellung in Rüttich wurde eine Anzahl deutscher Bürgermeister und Pressevertreter von der Stadt Rüttich empfangen.

* In den elbischen Kallgruben sind 40 bis 50 Prozent der Belegschaft in den Streik getreten.

* Das seit dem 5. Juni vermisste spanische Passagierflugzeug wurde auf einem Meeresschiff in der Bai von Gambia zertrümmert aufgefunden. Im Flugzeug selbst lag die Leiche des Flugzeugführers.

* In dem litauischen Städtchen Rosalino wurden durch eine Feuerbrunst 24 Wohnhäuser und zahlreiche Wirtschaftsgelände eingeebnet.

* Der französische Flieger Mermoz hat den Südflug Brasilien-Europa über Afrika, der als eine Konkurrenz zum erfolgreichen Reppelinsflug gedacht war, pünktlich ausgeführt.

* Bei den japanischen Flottenmanövern blieb ein Zerstörer mit einem aufstauenden U-Boot zusammen. Beide Fahrzeuge wurden schwer beschädigt, konnten aber ein gebracht werden.

Sächsisches.

— Im Elbtal, besonders in der Gegend und in Colbaude hat die Erdbeerernte begonnen. Die Städte versprechen einen ganz besonders reichen Ertrag, wenn, ja, wenn es bald einmal ausgiebig regnet. Erst wurde der tägliche Regenfall schon mit Wohlmut aufgenommen und nun fehlt er. Die Erdbeere ist eine der köstlichsten Früchte, vergleichbar mit der Ananas, die unser gemäßigtes Klima hervorbringt. Eigentlich ist es falsch, die Erdbeere eine Frucht zu nennen, denn sie ist nach der Art ihrer Fruchtbildung nur eine Scheinfrucht die Samenfrüchtchen sind nicht vom Fruchtfleisch eingeschlossen,

Bezirkstagung der Hausbesitzervereine.

Kreisbau, 16. Juni. Gestern fand im Gasthof Hoinke die 24. Bezirkstagung der Grund- und Hausbesitzervereine statt. Der verdiente Bezirksvorsitzer Schneider konnte eine stattliche Besucherzahl begrüßen. Freilich hätte sie noch stattlicher sein können und auch sein sollen. Namens des Bezirksvereins rief er dem Ortsverein, der kürzlich sein 25jähriges Bestehen feiern konnte, nachträglich ein herzliches „Glück auf!“ zu. Er ging weiter ein auf die Lage des Landesverbandes in Lübau, bei der Regierung und Behörden durch Abwesenheit glänzend ganz im Gegensatz zur internationalen Lage in Spanien, von der der Landesverbandsoberhaupt berichtet konnte, daß dort die Behörden, an der Spitze der Königin, nicht nur anwesend waren, sondern auch lebhaftes Interesse zeigten. (In Spanien, wie auch in Italien sind die Tage der Wohnungszwangswirtschaft gezählt.) Es sei wenig angenehm für den Hausbesitzer, in seinem Kampfe um Blutnotwendiges so wenig Interesse bei den Behörden zu finden. In gewissen Kreisen sei man drauf und dran, mit dem Hausbesitzer einen der ältesten Kulturbringer jugendlich zu richten. Eigentlich solle ja die Zwangswirtschaft in Lübau wieder einmal, im günstigsten Falle aber dürfte man mit einem Uebergangsgesetz rechnen. Der Vorsitzende des Ortsvereins, Schulbuchverleger a. D. Meißner, wies in seinen postwurdschwehnen Begrüßungsworten hin auf das gerade jetzt so heftig und freudvoll Warten draußen in der Natur, das soll zu erfüllen das Herz des Hausbesitzers leider nicht gestimmt sei; wolle man ihm doch auch sein Bestes nehmen, die Freude an der Scholle. In kurzen, markigen Worten wünschte Bürgermeister Rabenke dem Hausbesitz Sieg auf der ganzen Linie. Nummerbeamteter Bezirksvorsitzer Schneider die Frage: „Was wird am 1. Januar 1932 mit der Rückzahlung der Hypotheken?“ Er ging ein auf den vorliegenden Gesetzentwurf, der vom Gläubiger, der sein Geld haben will, eine ganzjährige Kündigung verlangt, dem Schuldner aber, dem an sich vierjährigjährige Kündigung zusteht, auch nachläßt, falls er die Hypothek, die ihm gekündigt wurde, zum Fälligkeitstage nicht zahlen kann, rechtzeitig beim Aufwertungsamt eine nachmalige Frist, allerdings nur die letzte, sich zu erbitten. Vorgelesen ist eine allgemeine Befreiung bis höchstens 1. 34. Mit Sicherheit kommt eine höhere Verminderung der Hypothek ab 1. 32, die diesmal in ganz Deutschland gleichmäßig ist und sich wahrscheinlich an den Sparkassenzinssatz anlehnt, und mit großer Wahrscheinlichkeit — auch an Regierungskasse scheint man die Notwendigkeit einzusehen — eine entsprechende Erhöhung der Miete. Inzwischen war der Hauptredner des Tages, Dr. Wilhelm, erschienen, der jetzt das Wort erhielt zur Behandlung des Themas „Hausbesitz, Mittelstand und Landtagswahl“. Er ging aus von seinen eigenen Erlebnissen mit seinem Hausbesitz vor dem Kriege, nach dem Kriege, in der Inflationszeit und seit der Zwangswirtschaft, gleichgestimmte Seiten bei den Zuhörern anschlagend; und schilderte die außerordentlichen Schwierigkeiten, unter denen er während seiner Ministerzeit nur ganz wenig das himmelschreiende Unrecht zu mildern vermochte. Wenn die Sozialdemokraten Gegner waren und sind, sei das selbstverständlich; seien sie doch in der Zwangswirtschaft ein Mittel zur Beherrschung auch des Hausbesitzes. Leider seien aber auch sich sonst bürgerlich nennende Kreise hinter den Kulissen schärfste Gegner jeder Lockerung der Zwangswirtschaft. Trotzdem habe man weiter gekämpft und mit Hilfe der jetzigen Regierung wäre doch wohl noch manches erreicht worden (zunächst die gelehrliche Festlegung der jetzigen Mietzinssteuereinstufung), wäre nicht mit Hilfe der Nationalsozialisten der Landtag aufgelöst worden. (Auch im Reichstage hätten sie gegen Hausbesitzerinteressen gestimmt.) Die dadurch unmöglich gewordene Verabschiedung des Gesetzes habe manche Not und Arbeitslosigkeit zur Folge. Vieles sei in Vorbereitung gewesen, um große Ungerechtigkeiten (besonders auch gegen den Hausbesitz) zu beseitigen und um die Landesfinanzen wenigstens einigermaßen in Ordnung zu bringen. Aber brutal-egoistische Parteipolitik rief ihn mitten aus seiner Arbeit. Könne ein Hausbesitzer nun eine Partei wählen, die ihn so schwer geschädigt habe? Notwendig und auch möglich sei eine gewaltige Gruppe der Mitte. So könne es doch unmöglich weitergehen. 40 Proz. des gesamten Wirtschaftseinkommens fließe in öffentliche Kassen (im reichen Amerika 10 Proz.). Ueberall furchtbare Erwerbslosigkeit. Was nahe in solcher Zeit der Streit um religiöse, um parteipolitische und um Fragen, von

wie z. B. bei der Kirche, sondern liegen auf dem Fleisch auf. Infolge ihres erfrischenden Geschmades und ihres Aromas ist sie in den letzten Jahren ein Volksnahrungsmittel geworden, soweit sie auch von Kleingartenbesitzern angepflanzt wurde. Sie hat einen gewissen Prozentsatz Zuckergehalt und mehrere Vitamine. Ihre Verwendung ist mannigfaltig. Man ist sie als Zusatz zum Mittagbrot, nachdem man sie mit Zucker durchgesehen lieh; als Kalligale mit Milch und Semmel; sie wird eingelockt; verliert dabei zwar ihre schöne rote Farbe, aber erhält ihr spezifisches Aroma. Auch in Erdbeerbowlen ist sie geschätzt und nicht zuletzt als Marmelade. Da sie sehr winterhart ist und bei guter Pflege guten Ertrag bringt, ist es jedem Garten- oder Feldbesitzer nur zu empfehlen, einige Beete Erdbeeren anzupflanzen, damit tut er etwas für seine Gesundheit und die Entlastung des Haushaltes durch einige Maßzeiten ist auch nicht zu verachten.

Schmieberg. Tagesordnung zur öffentlichen Gemeindeverordnetenversammlung Freitag, den 20. Juni 1930, 19 Uhr, in der alten Schule. 1. Mitteilungen; 2. Richtigsprechung; 3. Unterstützungsgesuch der „Internationalen Arbeiterhilfe“; 4. Einsprüche gegen die Gewerbesteuer; 5. Entschlüsselung über Beitrag zur Sonderklasse C des Landespersonensverbandes; 6. Lage gegen eine Hausbesitzerin auf Erfüllung vertraglicher Verpflichtungen; 7. Zwangsvollstreckung in einem Wohnhausgrundstück wegen rückständiger Steuern und Abgaben; 8. Ein Baudarlehensgesuch; 9. Ergänzungswahl für den Kredit- und Wohlfahrtsausschuß; 10. Etwa noch Eingehendes. Hierauf Nichtöffentliche Sitzung.

Schmieberg. Nationalsozialistische Abteilungen kamen am Sonntag bei einer Wahlpropagandaschau in einem Personen- und vier Kraftwagen auch durch unsern Ort. Die Wagen fuhren im Schritt-Tempo, die Fahnen wurden geschwenkt und Flugblätter von dem Wagen herabgeworfen. Es soll auch von den Wagen herabgeschrien worden sein. Ein Passant, der davon betroffen worden sein will, warf mit einem Stein. Sofort sprangen mehrere vom Wagen, nahmen den Steinwerfer fest und brachten ihn, eskortiert von ca. 20 Mann, zum Gendarmerieposten. Dann fuhr er weiter. — Ähnliches wird aus Vahren (Bez. Dresden) berichtet. Dort kam gerade Turnplatzweiche des Arbeiter-Turnvereins statt, als die gleichen Wagen durchfuhren. Auch dort wollen Leute durch das Sprudeln vom Wagen herab beleidigt worden sein. Es kam zu einer Schlägerei zwischen den Nationalsozialisten und Anderen, wobei man bei den ersteren auch Wunden gesehen haben will, die durch die Ortspolizei geschickelt wurde.

Glashütte. Eine Wahlversammlung der Nationalsozialisten am Freitag, in der Landtagsabgeordneter Meper vorwiegend das Verhalten der nationalsozialistischen Fraktion des aufgelösten Landtages zu rechtfertigen versuchte, war angesichts des geringen Interesses großer Bevölkerungsschichten für die politischen Tagesfragen ganz schwach besetzt. Trotzdem ließ sich der Redner nicht abhalten, vor einem kleinen Kreis zumeist Gleichgesinnter auf die ganze Politik der NSDAP, einzugehen, die sie insbesondere seit dem Sturze des Kabinetts Wägener getrieben habe. Im übrigen

denen vielleicht niemand einen rechten Begriff sich machen könne. Wir stehen vielleicht wie im Oktober 1918 vor Ereignissen gewaltiger Art. Niemand aber ist sich klar, wie eigentlich die Zustände sind. (Redner zeigt an unzähligen Beispielen und Zahlen die furchtbare Not der Zeit auf der einen Seite und das Verheerliche, oft verschwenderische Wirtschaften auf der anderen Seite teils aus Unfähigkeit, teils aus Unehellichkeit.) Und wer bezahlt es? Das Großkapital wandert aus. Von den Gehalt- und Lohnempfängern sind 51 Proz. steuerfrei, weil ihr Einkommen die Grenze nicht erreicht. Von den Verbeidenden haben 94 Proz. ein Einkommen unter 3000 M. und nur 1/10 Proz. ein solches über 6000 M. Von den Selbständigen sind 45 Proz. steuerfrei, weil das Einkommen 1500 M. nicht erreicht; 8 Proz. haben mehr als 8000, aber 74 Prozent 3-8000 M. Und hier ist der Hauptbesitzer; er kann nicht ins Ausland flüchten. Und hier ist auch der Hausbesitz. Will der Mittelstand da nicht endlich einsehen, woran das liegt? Er muß politisch werden! Politik ist Krieg, ist heute Kampf ohne Gefühl, rücksichtslos, weil nur die Macht entscheidet. Wer nicht vertreten ist, zählt nicht. Und der Mittelstand und damit der Hausbesitz war nicht entsprechend vertreten und dann auch noch verzettelt in verschiedenen Parteien. Eine Partei ist notwendig. Das sollte endlich auch er begreifen. Die Sozialdemokratie hat schon vor 30 Jahren erkannt, um was es geht. (Was möglich ist, zeigt Thüringen mit seinen 1570 Kommunen, wo ein Ministerialerlass die Zwangswirtschaft so einschränkte, daß sie nur noch in 33 Kommunen besteht. Und es geht!) Auch in Sachen muß es dahin kommen, daß nicht mehr gegen den Mittelstand, vielleicht nicht mehr ohne ihn regiert werden kann. Damit schloß der geschätzte Redner seine 1 1/2 stündigen Ausführungen, die lauten, anhaltenden Beifall fanden. Bezirksvorsitzer Schneider dankte dem Redner, schloß nochmals das speziell den Hausbesitz betreffende heraus und wies nach, daß immer die Wirtschaftspartei für den Hausbesitz eintrat, der allein man deshalb am kommenden Sonntag die Stimme geben könne! Anschließend behandelte Bezirksvorsitzer Schneider noch so manche Hausbesitzerfrage, so den Mietzinssteueranteil zur Erhaltung des Alt-Hausbesitzes (den Ausschlag geben die Gemeindeverordneten); das Einstellen von Motorrädern (man gebe, wenn Platz vorhanden, gegen Miete ein entsprechendes Stück Land für einen Schuppen frei); die Haftpflicht des Hausbesitzers bei Einstellen von Motorrädern usw. auf seinem Grundstück, wenn das Unfälle im Gefolge hat, usw. usw. Diese Ausführungen und die Aussprache ergaben schließlich als Willensäußerung und Forderung des Bezirkstages folgende einmütig angenommene Entschlüsse: 1. Durchführung eines Planes der Reichsbank, der Landesbanken und der öffentlichen Banken zur Senkung des Zinsfußes nicht nur im Privatdiskont, sondern auch bei der Beleihung von Haus- und Grundbesitz und der Kreditvermittlung an Handel, Handwerk und Gewerbe. — 2. Nationalisierung und Kontrolle des Ausgaberechtes für den Verwaltungsbereich in den Gemeinden, gesetzgeberische Maßnahmen zur gezielten Begrenzung des Ausgabenrechtes für die Verwaltung nach Kopfzahl und örtlichen Bedürfnissen. — 3. Einschränkung und Rationalisierung der Neubausstätlichkeit. Gesetzliche Festlegung der Verwendung des Rückflusses der Hauszinssteuermittel nur für Senkung der Hauszinssteuer. — 4. Wiederanordnung des Wohnraumes in den Wirtschaftsprüfung durch entgeltliche und restlose Aufhebung der Zwangswirtschaft. — 5. Einführung einer kurzfristigen Zwangswirtschaft der ausgeliehenen Hauszinssteuerbeträge. — 6. Einführung eines steuerlichen Ausgleichsfaktors in Gemeinden durch Wiedereinführung des Einkommensteuertariffs. — Zum nächsten Tagungsort wird Glashütte bestimmt. — Nach Schluß der Tagesordnung dankt Meißner, Kreisbau, für die feine Vereinigung gewordene Jubiläums-Begegnung und gibt sie ebenfalls herzlich zurück an den Vordemredner, der den gleichen Ehrentrag begehren konnte, dabei mit bereitem Munde in wohlwollender Weise und unter allgemeiner Zustimmung der arthen Verdienste Schneiders um seinen Ortsverein, um den Bezirksverband und um die gesamte Hausbesitzerschaft hervorhob. „Zum Ziele weiter mit Georg Schneider!“ Bescheiden abwehrend dankte dieser, forderte die Vereinsvorsitzer auf, noch in dieser Woche eine Versammlung abzuhalten, und schloß die inbilde Rede mit den Worten: „Wir kämpfen weiter zur Erreichung der Freiheit!“

großern. Die sachliche Beamenschaft müsse es ablehnen, durch Sondersteuern und Entrechtung zur Befreiung der Finanzen herangezogen zu werden. Dagegen sei sie im Rahmen einer allgemeinen Heranziehung aller Bevölkerungsbereite, nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit für ihren Teil zur Verbesserung der allgemeinen Wirtschaftslage beizutragen. — Eine Abordnung des Bundes Sächsischer Staatsbeamten hat den Ministerpräsidenten gebeten, die Vertreter Sächsens im Reichsrat anzuweisen, gegen die Vorlage der Reichsregierung zu stimmen.

Leipzig. Unfall auf dem Hauptbahnhof. Auf dem Gelände des Leipziger Hauptbahnhofs brach beim Stillstand 2 ein Gerüst ein, auf dem zwei Schlosser Reparaturen vornahmen. Ein 25 Jahre alter Schmieb aus Halle mußte mit schweren Verletzungen nach dem Krankenhaus gebracht werden. Sein Arbeitskollege kam unverletzt davon.

Leipzig. An den Folgen einer Benzinexplosion gestorben. Beim Reinigen von Kleidern mit Benzin ist eine 21jährige Haustochter durch Explosion des Benzins schwer verbrannt. Im Krankenhaus ist sie an den Folgen der Verbrennungen gestorben.

Regis-Breilungen. Auto Brand. Durch einen Bergarbeitsdefekt geriet auf dem Marktplatz ein Kraftwagen in Brand und konnte trotz der Löscherprobe nicht gerettet werden. Den Besizer trifft der Verlust sehr schwer, da der Wagen nicht versichert ist. Der Unfall ist um so bemerkenswerter, als der Besizer aus Gefälligkeit einen Verunglückten im Wagen zum Arzt gefahren hatte.

Waldheim. Selbstmord. Der bei seinem Vater auf Urlaub weilende Zollbeamte G. aus Hamburg stürzte sich von der Diethainer Brücke und war sofort tot. Bereits vor einiger Zeit hat sich ein Bruder des G. durch Abstoß von einer Brücke das Leben genommen.

Limbach. Gehaltsabbau. Die Stadtverordneten beschlossen die Aufnahme einer Anleihe von 300 000 RM, die zur Unterstützung von Erwerbslosen und sonstigen Unterstützungsempfängern Verwendung finden soll. Ferner wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten bestimmt, den städtischen Beamten ihr Gehalt nur noch bis zum Betrage von 600 RM monatlich auszuzahlen.

Wemmen. In einer der stattgehabten Sitzung der Mitglieder der Reichsleitung des Christlichsozialen Volksdienstes wurde folgende Entschliessung gefaßt: Die Reichsleitung des Christlich-Sozialen Volksdienstes bekennt sich zum Gedanken eines allgemeinen Volksnotopfers, zu dem neben den Festbesoldeten auch die übrigen in ihrer Existenz gesicherten und leistungsfähigen Volkstrasse heranzuziehen sind. Die Regierungsvorlage über die Reichshilfe muß nach diesem Gesichtspunkte verbessert werden. Dabei ist auch sicher zu stellen, daß das Notopfer nicht vom Roheinkommen, sondern vom steuerbaren Einkommen erhoben wird. Eine gleichmäßige Besteuerung der Kinderreichen und kinderlosen Familiennüter widerspricht jeder gesunden Familienpolitik. Der Christlich-Soziale Volksdienst fordert von der Reichsregierung, daß sie trotz der heftigen Widerstände aus dem Lager der Parteien und Interessenten am Notopfergedanken festhält. Zugleich fordert er allerdings eine durchgreifende Sparaktion auf allen Gebieten der öffentlichen Verwaltung unter pfleglicher Behandlung sozialer Notwendigkeiten.

Chemnitz. Unberechtigt empfangene Unterstützungsgelder. Ein Unbekannter hat im Kassenzimmer des hiesigen Jugend- und Wohlfahrtsamtes 1148 RM Unterstützungsgelder unberechtigt in Empfang genommen. Die Gelder waren für einen ehrenamtlichen Fürsorgebezirks-Vorsteher bestimmt der sie an Unterstützungsberechtigten auszahlen sollte. Da der Bezirksvorsteher beim Aufruf seines Namens nicht im Kassenzimmer anwesend war, meldete sich ein Unbekannter, der den Betrag entgegennahm und mit dem Ramen des Bezirksvorstehers quittierte.

Blauen. Tod infolge Insektenbisses. Im hiesigen Stadt-Krankenhaus ist der Laternenwärter Robert Wolf an den Folgen einer Blutvergiftung gestorben. Der Bedauernde war bei Ausführung seiner Arbeiten von einem Insekt in den Arm gestochen worden. Anfanglich achtete er kaum auf die geringe Verletzung; erst, als die Schmerzen heftiger wurden, begab er sich in ärztliche Behandlung. In der Zwischenzeit war die Blutvergiftung am Arm schon so weit vorgeschritten, daß keine Hilfe mehr zu machen war.

Klingenthal. Dirigenten-Kursus für Volksmusikvereine. An der hiesigen Gewerbeschule hat ein Kursus zur Ausbildung von Dirigenten für Volksmusikvereine begonnen. An diesem Kursus nehmen 20 Dirigenten von Konzertina- und Bandonien-Vereinen aus ganz Deutschland teil.

Chemnitz. Gefängnis für einen ungetreuen Stadtbaukassierer. Die Verhandlung gegen den Stadtbaukassierer Hohlstedt nahm ihren Anfang. Hohlstedt wurden 25 Fälle des Betrugs und Veruntreuung zur Last gelegt, von denen sieben das Gericht als erwiesen annahm. Das Urteil lautet auf sieben Monate Gefängnis. Drei Monate erlittene Untersuchungshaft werden auf die Strafe angerechnet. Im übrigen wurde der Angeklagte freigesprochen.

Leipzig. Eigenartiger Unfall auf der Bahnhaupt. Auf d Station Kösterte bei Karlsbad i. S. wurden bei der Durchfahrt des Prager Personenzuges mehrere Fahrgäste, die sich aus dem Fenster beugten, von einem zu nahe am Gleis stehenden Kran erschlagen. Der Fahrgast Seemann aus Lebaun in Sachsen erlag seinen Verletzungen. Sechs weitere Personen wurden mehr oder minder schwer verletzt.

Leipzig. Sittlichkeitsverbrechen. Der Gemeindevorstand der Gendarmenstation ist es gelungen, einem Sittlichkeitsverbrechen auf die Spur zu kommen. Sie verhafteten einen 22jährigen in Nieder-Lunnewalde wohnhaften Mann der sich an einem 19jährigen Mädchen wiederholt vergangen hatte. Der Verhaftete wurde in das Neusalzaer Gefängnis eingeliefert. Desgleichen wurde in Ober-Lunnewalde ein vierzigjähriger Mann unter dem Verdacht sich an einem 14jährigen geistesschwachen Mädchen in der Weissenberger Gegend vergangen zu haben, verhaftet und dem Amtsgerichtsgefängnis Lebaun zugeführt.

Kampf dem Kartoffelfäher

Die Pressestelle der sächsischen Landwirtschaftskammer macht darauf aufmerksam, daß der Kartoffelfäher in Frankreich sehr stark aufgetreten ist. Dadurch ist die Gefahr, daß der Schädling wieder einmal nach Deutschland eingeschleppt wird, gewachsen. Der Schädling wird nicht nur mit Kartoffeln und Pflanzengut, sondern auch mit Verkehrsgütern aller Art verschleppt und vermag auch weite Strecken zu überfliegen. Besteht der Verdacht, daß auf einem Grundstück der Kartoffelfäher aufgetreten ist, so ist unverzüglich der Ortspolizei Mitteilung zu machen, damit sofort Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Außerdem sind die zuständige staatliche Stelle für Pflanzenschutz und die Biologische Reichsanstalt für Land- und Forstwirtschaft in Berlin-Dahlem zu benachrichtigen. Wer die Meldung unterläßt, macht sich strafbar. Ein Merkblatt mit genauer Beschreibung und farbiger Abbildung des Schädling ist gegen Einsendung von 10 Pf von der Staatlichen Hauptstelle für Pflanzenschutz, Dresden Stübelle 2, portofrei zu beziehen.

Letzte Nachrichten.

Abschluß der Tagung des Kirchen-Volksbundes.

Breslau, 16. Juni. Die Tagung des Volksbundes für Freundeschaftsarbeit der Kirchen fand ihren Abschluß mit einer Festversammlung, die unter dem Leitgedanken „Volkstum und Kirche“ stand. Eine Grenzlandfahrt nach Oberschlesien schloß die Tagung ab.

Die Leiche des Gesandten von Valigand in München.

München, 16. Juni. Die Leiche des in Lissabon ermordeten deutschen Gesandten von Valigand traf in München ein. Die Ueberführung von Gurgahen nach München erfolgte mit einem Sonderzug. In Gurgahen war der Sarg nach einer Totenehrung an Bord des Kreuzers „Königsberg“ von zehn Unteroffizieren in den Eisenbahnwagen getragen worden.

Volksparteiliche Erklärung gegen das Notopfer.

Düsseldorf, 16. Juni. Der geschäftsführende Vorstand der Deutschen Volkspartei im Wahlkreis Düsseldorf-Ost erhob in Anwesenheit des Staatssekretärs Schmid einstimmig in einer Entschliessung Einspruch gegen die Reichshilfe der Festbesoldeten. Ein gerechtes Notopfer müsse von allen aufgebracht werden.

Gesandtenmörder kommt in ein Irrenhaus.

Lissabon, 16. Juni. Am Dienstag hat der Mörder des deutschen Gesandten von Valigand sich vor

einem Kriegsgericht zu verantworten. Da einwandfrei erwiesen ist, daß der Mörder an Verfolgungswahnsinn leidet, nimmt man an, daß der Urteilspruch auf Unterbringung in ein Irrenhaus lauten wird.

Empfänge aus Anlaß der Weltkonferenz

Berlin, 16. Juni. Reichsstatler Dr. Bräutigam veranstaltete zu Ehren des bisherigen Präsidenten der Weltkonferenz, Lord Derby, einen Empfang und äußerte sich dabei anerkennend über die Zusammenarbeit der Völker. Als dann wurden im Rahmen einer internen Feier dem neuen Präsidenten, Geheimrat von Müller, die Insignien der Weltkonferenz überreicht. Anschließend fand ein Empfang der Teilnehmer der Weltkonferenz im Reichstag statt.

Beamten-Protest gegen das Notopfer.

Berlin, 16. Juni. Auf einer vom Deutschen Beamtenbund veranstalteten Kundgebung wurde einstimmig eine Entschliessung angenommen, in der es u. a heißt: „Die Mitglieder des Deutschen Beamtenbundes zu Tausenden im Sportpalast versammelt und unter stützt durch Zustimmungstelegramme aus allen Teilen des Reiches, erheben laut und öffentlich Protest gegen die von der Reichsregierung im Ausgabenentlastungsgesetz, im Spargesetz und im Deckungsprogramm gegen die Beamtenhaft geplanten Maßnahmen. Sie sehen darin eine ungeheure rechtliche und wirtschaftliche Schädigung der Beamten“. Zum Schluß erklärte sich der Beamtenbund bereit, gemeinsam mit allen anderen Volksschichten Opfer zu bringen.

„Graf Zeppelin“ besuchte das Münsterland.

Münster, 16. Juni. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ stattete dem Münsterland einen kurzen Besuch ab. Nach einständiger Kreuzfahrt landete das Luftschiff in Münster. Bei der Landung und später beim Start zur Heimfahrt wurde das Luftschiff begeistert begrüßt.

Major Pabst bereits in Italien.

Wien, 16. Juni. Major Pabst hat nun doch gegen seine Ausweisung sowie seine Verhaftung Beschwerde eingelegt und darum erwucht, den Ausgang des Verfahrens im Auslande abwarten zu dürfen. Major Pabst wurde darauf im Flugzeug an die Grenze gebracht und nach Tarvis in Italien abgeschoben. Tarvis liegt 80 Kilometer von Klagenfurt entfernt hart an der österreichischen Grenze.

3. Kirchlicher Vortrag

anlässlich der 400 jährigen Feier der Augsburgischen Konfession

Mittwoch, den 18 Juni, abends 8 Uhr, im „Stern“

»Das Evangelium in Kursachsen um 1730«

Pfarrer Müller in Schmiedeberg

Eintritt frei. Alle Gemeindeglieder werden herzlichst eingeladen.

Der Kirchenvorstand.

Oberkirchenrat Michael.

Jüngere

Kontoristin

in dauernde Stellung für bald gesucht Kaufmann Hoffert, Kipsdorf

Frühe Erdbeeren

2 Pfd. 1 RM. neue saure Gurken Stück 15 und 20 Pf. Bruno Hamann

Beislagnahmefreie

3- oder 4-

Zimmerwohnung

oder Einfamilienhaus in Dippoldiswalde oder Umgebung für sofort oder später zu mieten gesucht Angebote erbeten unter G. an die Geschäftsstelle dieses Blattes

Volksnationale Reichsvereinigung. Liste 11

Wahlversammlung

morgen Dienstag, den 17. Juni 1930

Reinholdshain

Gasthof Redner: Rittmeister a. D. Peschel—Gohrisch

Kipsdorf

Tellkuppe. Redner: Prof. Schirmer—Bielefeld. Beginn 8 Uhr

Drucksachen

Buchdruckerei Carl Jehne

Starke **Fertel**

zu verkaufen Kaiser Nr. 14

Frishes **Hammelfleisch**

empfiehlt Kurt Schneider

Absage an die Nationalsozialisten!

In der Landestagung der Deutschen Volkspartei am 1. Juni übte Reichstagsabgeordneter Dr. Rudolph Schneider **schärfste Kritik an der Heße, welche die Nationalsozialisten im sächsischen Landtagswahlkampfe ausüben.** Als fürchterlichstes Beispiel bezeichnet er die **nationalsozialistische Wahlversammlung, welche Dienstag, den 27. Mal in Dresden im „Gewerbehaus“** stattgefunden hat. Dort sprach als erster Redner der „Nationalsozialistischen Arbeiterpartei“ General **Lihmann**, welcher gegen den verstorbenen **Dr. Stresemann**, aber vor allem auch

gegen den Reichspräsidenten Hindenburg eine ganz unglaubliche Heßrede

hielt, weil diese zum Schaden des Vaterlandes alles „unterschrieben“, was die Feinde verlangten. Dann aber verstieg sich der **nationalsozialistische Heßredner** zu dem Ausrufe:

„Leider fehlen uns die Femerichter, um diese Unterschreiber un-schädlich zu machen!“

Da die Nationalsozialisten immer geflissentlich bemüht sind, die sogenannten

„Fememörder“

als „Femerichter“ zu bezeichnen, ist diese Drohung garnicht mißzuverstehen. Sie wurde auch von der Versammlung verstanden und mit stürmischem Beifall aufgenommen, für den der nationalsozialistische Redner mit dem Faschistengruße, mit ausgestrecktem Arme, dankte. Diese Aeußerung des **nationalsozialistischen Redners und Führers** wurde auch in keiner Weise von der Versammlungsleitung oder von den nachfolgenden Rednern abgeschwächt. Reichstagsabgeordneter Dr. Schneider stellte ausdrücklich fest, daß **für jene nationalsozialistische Morddrohung die volle Verantwortung auf die nationalsozialistische Partei falle,** daß an ihr nichts zu deuten oder wohlwollend ausulegen sei, daß diese Aeußerung sowie der ganze Hergang nötigenfalls vor Gericht durch Zeugen, welche auch diese Aeußerung nachgeschrieben haben, beweisbar sei — **eine solche Kampfesweise müsse vor dem ganzen Lande gebrandmarkt werden,** sie müsse landauf, landab jedem einzelnen Landtagswähler vorgehalten werden, damit er sich entscheide, ob mit solchen gewissenlosen Hetzern noch irgendeine politische Gemeinschaft oder gar politische Zusammenarbeit bestehen könne.

Hier sei nicht mehr von politischem Kampfe die Rede, solchen Demagogen gegenüber gelte nur rücksichtslose

Ablehnung, Verachtung und Abscheu!

Diese Absage des volksparteilichen Reichstagsabgeordneten an die Nationalsozialisten wurde von dem Landesvertretertag der Deutschen Volkspartei mit stärkstem Beifall und **uneingeschränkter Zustimmung** entgegengenommen.

Frühes Hammelfleisch empfiehlt **H. Heinrich**

Beilage zur Weißeritz-Zeitung

Nr. 137

Montag am 16. Juni 1930

96. Jahrgang

Chronik des Tages.

Der Reichsrat verabschiedete unter Vorsitz des Reichsinnenministers das vom Kabinett ausgearbeitete Döhlgesetz. Die Verabschiedung erfolgte einstimmig.
Der Reichstag begann am heutigen Montag seine Plenararbeiten nach der Pfingstpause. Der neue Tagungsabschnitt dürfte sich bis in den Juli hinein erstrecken.
Am Dienstag tagt in Moskau eine deutsch-russische Schlichtungskommission.
In Berlin begann die zweite Weltkraftkonferenz; zur Teilnahme an der Konferenz haben sich namhafte Vertreter aus etwa 50 Ländern in der Reichshauptstadt eingefunden.
Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ wird in den Tagen vom 9. bis 11. September Moskau einen Besuch abstatten.
Die Zahl der Altbäder Todesopfer hat sich auf 39 erhöht.
In Breslau ermordete ein Arbeiter seine Frau und drei seiner Kinder im Alter von 9 bis 2 Jahren und beging dann Selbstmord. Der 13 Jahre alte Sohn konnte flüchten.
Die französischen Militärgerichte in der Pfalz haben nach einer amtlichen Uebersicht in acht Jahren rund 1000 Jahre Gefängnisstrafen und 250 000 Mark Geldstrafen verhängt.
Bei einer Wollenbruchkatastrophe in Mazedonien wurden 22 Personen durch Hagelschlag getötet.

Reichstag tagt wieder.

— Berlin, 16. Juni.

Nach einer Vollziehung des Reichsrats am Sonntag nahm am heutigen Montag auch der Reichstag seine Arbeiten wieder auf. Die Tagesordnung der ersten Plenarsitzung nach den Pfingstferien mußte eine Umstellung erfahren. Statt über den Haushalt des Reichsarbeitsministeriums, wie es vorgesehen war, wird man über den Etat des Reichsinnenministeriums debattieren. Die Umstellung erfolgte, weil gleichzeitig mit dem Etat des Arbeitsministeriums der — noch vom Reichsrat zu verabschiedende — Gesetzentwurf über die Sanierung der Arbeitslosenversicherung erledigt werden soll.

Zunächst wird der Reichstag also die zweite Lesung des Reichshaushaltsplans für 1930 fortsetzen. Ueberraschungen sind für diesen Teil der Sommertagung nicht zu erwarten; auch mit den Abstrichen, die die Reichsregierung vorschlägt und der Reichstag durchführen will, wird es rasch gehen, da diese Abstriche praktisch nicht erheblich ins Gewicht fallen werden. Die Abstriche am Etat 1930 sind mehr von dem Bestreben diktiert, den guten Willen zu zeigen, keinesfalls aber sollen sie die grundlegende Reform bringen, die notwendig ist. Für diese Aufgabe glaubt man mehr Zeit notwendig zu haben, als sie zwischen der zweiten und dritten Lesung des Etats zur Verfügung steht.

Wichtiger als die Etatsdebatte sind die bevorstehenden Reichstagsverhandlungen über die sogenannten Deckungsvorlagen der Reichsregierung, die in dem ersten Kabinettsrat nach Pfingsten zu einem einheitlichen Regierungsprogramm zusammengefaßt wurden. Ob diese Zusammenfassung nur formelle Bedeutung hat oder ob sie darüber hinaus die Deckungsvorlagen und das noch zu beratende Gesetz über die Döhlhilfe zu einem Ganzen machen soll, steht noch dahin. In den Kreisen der Rechten ist man der Ansicht, daß letzten Endes doch alles wieder auf ein neues „Junctim“ hinausläufe, also auf eine Verdoppelung, kraft deren Deckungsvorlagen und Döhlhilfe nur als Ganzes angenommen oder abgelehnt werden können.

Ziel des Regierungsprogramms ist nach der amtlichen Begründung „die Ueberwindung der Arbeitslosigkeit, die Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft, die Hilfe für den Osten und die Sanierung der Finanzen“.

Also alles Zielsetzungen, die man nur billigen kann. Inwiefern sie allerdings durch die vom Reichsfinanzminister vorgeschlagenen Gesetze, deren Schicksal im Reichstag ja sehr zweifelhaft ist, erreicht werden können, ist eine andere Frage. In allen Fraktionen liegen Gegner der Regierungsvorlagen. Man bezweifelt die Dauerwirkung der Sanierungsmaßnahmen und befürchtet gleichzeitig ungünstige Rückwirkungen aus der Erhöhung der Generalausgaben der Wirtschaft durch Heraushebung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und die weitere Anziehung der Steuerschraube. Offiziell gegen die Regierungsvorlagen sprach sich bisher der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion aus unter Befürwortung der einmaligen Sonderbesteuerung aller höheren Einkommen.

In Ergänzung der Sofort-Maßnahmen werden dem Reichstag von der Reichsregierung auch Vorschläge zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung unterbreitet werden, wiewohl ein Erfolg dieser Maßnahmen erst für eine spätere Zeit zu erhoffen ist. Auf Vorschlag des Finanzministers sollen die einzelnen gesetzgeberischen Maßnahmen zur Verminderung der Ausgaben in einen größeren Rahmen hineingestellt werden, der nach dem Ergebnis der bevorstehenden Sitzung des Verfassungsausschusses der Länderkonferenz festgelegt werden soll. So soll nach einem einheitlichen Plan und in gemeinsamer Arbeit mit den Ländern eine durchgreifende Ersparnis- und Verbilligung der gesamten öffentlichen Verwaltung Deutschlands erzielt werden.

Ein bedeutendes Gesetzgebungswerk wird noch die Verabschiedung des sogenannten Arbeitsbeschäftigungsgesetzes werden. Durch dieses Gesetz sollen 250 Mill. M. für die Belebung des Baumarcktes flüssig gemacht werden, nachdem man inzwischen erkannt

hat, daß sich die Schließstellung des Baugewerbes auch negativ sehr nachteilig bemerkbar machen kann. Erfreulich an dieser Belebung des Baumarcktes ist nicht nur, daß man so etwa 150 000 Erwerbslosen wieder Brot verschafft, sondern gleichzeitig wirken diese Maßnahmen auch der Wohnungsnot entgegen — diesem anderen Krebsübel der Nachkriegszeit — kann man doch mit 250 Mill. M. rund 25 000 Wohnungen herstellen.

Um dem Reichstag zu zeigen, daß auch die Minister sich des Zwangs zur Sparbarkeit bewußt sind, entschloß sich das Reichskabinett noch, 20 Prozent der Aufwandsentschädigungen der Minister für den Ausgleich des Haushalts zur Verfügung zu stellen.

Döhlhilfegesetz angenommen.

Vom Reichsrat, einstimmig! — Befürwortung eines Döhlhilfegesetzes.

— Berlin, 16. Juni.

Der Reichsrat, die Vertreterversammlung der deutschen Länder, beschloß unter dem Vorsitz des Reichsministers des Innern Dr. Wirth mit dem vom Kabinett ausgearbeiteten Döhlhilfegesetz. In der Abstimmung wurde das Döhlhilfegesetz einstimmig angenommen. Ferner stimmte der Reichsrat einer Entschließung zu, durch die die Reichsregierung ersucht wird, Mittel für weitere Eisenbahnbauten zur Verfügung zu stellen. Unter Stimmenthaltung Bayerns wurde sodann auch der Gesetzentwurf über die Errichtung einer Arbeitslosenversicherung genehmigt.

Nach der Zustimmung des Reichsrats geht das Döhlhilfegesetz nunmehr dem Reichstag zur Beschlussfassung zu.

In der Aussprache über das Döhlhilfegesetz erklärte der Vertreter der Provinz Ostpreußen, Freiherr von Bahl, in ihrer jetzigen Gestalt bedeute diese Vorlage nur einen ersten Schritt. Wenn das Ziel, die Gesundung des deutschen Ostens, erreicht werden sollte, müßten weitere Schritte folgen. Der Vertreter der Provinz Oberschlesien kritisierte, daß Oberschlesien im Gesetz nicht ausreichend berücksichtigt worden ist und erwartete von den Ausführungsbestimmungen zum Döhlhilfegesetz eine besondere Berücksichtigung der Notlage Oberschlesiens. Ähnlich äußerte sich der Sprecher der Provinz Niederschlesien.

Den Ausschußbericht erstattete Ministerialdirektor Dr. von Junghoff. Er erklärte, die Reichsbürgerschaft werde 925 Millionen betragen, von denen Preußen voraussichtlich 225 Millionen übernehme. Der jährliche Reichszuschuß mache 126,3 Millionen aus. Die Mittel für die Siedlung sollten durch in- oder ausländische Darlehen unter Reichsbürgerschaft beschafft werden, wofür ein zentrales Finanzierungsinstitut gebildet werde!

Zum Schluß seiner Sitzung stimmte der Reichsrat noch der durch die Grenzhilfe notwendig gewordenen Ergänzung des Reichshaushaltsplans für 1930 zu. Dabei fand ein Antrag der Rheinprovinz auf Vorlegung eines Döhlhilfegesetzes zum Ausgleich der durch die Besetzung entstandenen Schäden Annahme. Die Reichsregierung wurde ersucht, das Döhlhilfegesetz so rechtzeitig vorzulegen, daß es noch mit der Döhlvorlage verabschiedet werden kann.

Abreise nach Moskau.

Dienstag deutsch-russische Schlichtungskonferenz.

Die deutsche Abordnung für die am Dienstag in Moskau beginnenden Verhandlungen der deutsch-russischen Schlichtungskommission hat Berlin verlassen und wird im Laufe des heutigen Montags in Moskau ein treffen.

Die Abordnung wird geführt von Reichsminister a. D. von Raumer und dem Dirigenten der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes Geheimrat v. Woltke. Der Abordnung gehören weiter ein Generalkonsul Schlesinger und Legationssekretär Hente von der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes und Dr. Zeit, Mitglied der Geschäftsführung des Rußlands-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft.

Die Verhandlungen werden voraussichtlich 14 Tage in Anspruch nehmen.

Auch die deutsche Ausgabe überzeichnet.

Statt 36 Millionen M. sind rund 98 Millionen M. gezeichnet worden.

Nach dem jetzt vorliegenden Gesamtergebnis der Zeichnungen zur Reparationsanleihe ist diese Anleihe in allen Ländern um ein Mehrfaches überzeichnet worden. In Deutschland, das 36 Mill. M. aufzubringen hatte, beträgt die Gesamtsumme der Zeichnungen etwa 98 Millionen M. Es mußte deshalb eine Kürzung der gezeichneten Beträge stattfinden. Die Bezahlung der gezeichneten Beträge muß bis zum 25. Juni erfolgen.

Senkt die Ausgaben!

Vorschläge des Hansa-Bundes. — Ein Brief an den Kanzler.

Der Hansa-Bund veranstaltete in Berlin unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Dr. Fischer eine Aussprache über die wichtigsten finanzpolitischen Fragen. Grundlage der Diskussion war ein an den Reichskanzler Dr. Brüning abgegebener Schreiben, in dem es heißt, auch

die gegenwärtige Regierung behandle nur die Symptome der Not, und zwar mit Mitteln, die die allgemeine Notlage noch vermehren.

Es sei anzuerkennen, daß der wesentliche Teil der Anforderungen des Haushaltsplans zwangsläufig sei; die absolute Zwangsläufigkeit sei nur anzuerkennen bei den Aufwendungen für die äußere Kriegslast mit 1,8 Milliarden und für die Schutzkosten des Reiches mit etwa 300 Millionen Mark. Im übrigen Etat müßten weitgehende Sparmaßnahmen schon jetzt gemacht werden. Ersparnisse bis zu 11 Prozent der gesamten Aufwendungen — also Abstriche in Höhe von 800 Millionen Mark — seien ohne weiteres möglich.

Erkenne die Reichsregierung ihre historischen Aufgaben, dann müßten schon vom 1. Oktober 1931 ab die Steuern gekürzt werden können.

Neuer Grenzzwischenfall.

Verhandlungen einer deutschen Frau. — Vorstellungen in Warschau.

— Berlin, 16. Juni.

An der deutsch-polnischen Grenze ereignete sich bei Konitz im Kreise Marienwerder ein neuer Zwischenfall. Als die Ehefrau des Schachtmeisters Szuchowski sich in Begleitung einer Verwandten über die Grenze begab, um auf dem von ihrem Manne gepachteten Außendeichland in Polen wie üblich die Röhre zu melken, wurde sie von einem polnischen Grenzsoldaten angehalten.

D obwohl sie im Besitz eines rechtsgültigen Ausweises war und diesen vorzeigte, erklärte der Beamte, sie verhaften zu müssen. Er ließ dabei sein Gewehr, pflanzte das Bajonett auf und versuchte, Frau S. mit Gewalt nach der Weichsel zu schleppen, wobei sie zu Boden fiel. Auf das von den beiden Frauen erhobene Hilfeschrei eilte der Ehemann der Frau S. und seinem einige hundert Meter entfernten liegenden Haus auf den auf deutschem Gebiet gelegenen Deich und senerte, um seiner Frau beizustehen, einige Schreckschüsse in die Luft. Der Grenzbeamte ließ darauf von den beiden Frauen ab, die über die Grenze nach Haus zurückflüchteten.

Auf Anweisung der Reichsregierung begab sich der deutsche Gesandte in Warschau in das polnische Außenministerium und protestierte gegen das Verhalten des polnischen Grenzsoldaten gegenüber wehrlosen Frauen.

Sparprogramm der Regierung

Seine wichtigsten Bestimmungen.

Die vom Reichskabinett vorbereiteten Gesetze zur Senkung der Ausgaben und Erzielung von Ersparnissen sehen, wie verlautet, u. a. folgende Maßnahmen vor:

Eine fünfjährige Sperre für die Einstellung neuer Beamten; den Abbau und die allmählich vollkommene Beseitigung der jetzt bestehenden örtlichen Sonderzuschläge; die Verkürzung des Urlaubs; Entlassung weiblicher Beamten im Falle der Beschließung; Richtanrechnung der im Wartestand verbrachten Dienstzeit auf die Bemessung des Ruhegehalts; Heraushebung der Altersgrenze von 65 auf 68 Jahre; eine allgemeine Pensionskürzung, wobei zum Teil der Witwengeldanspruch stark beschränkt, zum Teil völlig beseitigt werden soll für den Fall eigenen Dienstvertrags oder Ruhegehalts; eine allgemeine Befolungssperre für Reichs-, Länder- und Gemeindebeamte und das Recht des Reichsfinanzministers, die Befolungsverhältnisse der Gemeindebeamten nachzustrafen.

Weltkraftkonferenz eröffnet.

In Anwesenheit der Wirtschaftsführer aus rund 50 Staaten.

Mit einer Eröffnungssitzung in der Staatsoper begann in Berlin die zweite Weltkraftkonferenz. Zur Teilnahme an den Verhandlungen haben sich zahlreiche Staatsmänner und Wirtschaftsführer sowie namhafte Vertreter der Wissenschaft und vor allem der Technik in der Reichshauptstadt eingefunden. Etwa 50 Staaten haben so an der Weltkraftkonferenz in Berlin Anteil.

An der Spitze der Weltkraftkonferenz steht der Ehrenausschuß, dessen Präsidium der Pionier auf dem Gebiete der Elektrizitätsversorgung, Oskar von Miller, der Schöpfer des Deutschen Museums, übernommen hat. Der Ehrenausschuß setzt sich zusammen aus den Vertretern der Regierung des Reiches und der deutschen Länder, der Kommunalbehörden, führenden Männern des deutschen Wirtschaftslebens und Vertretern der deutschen Wissenschaft von internationalem Ruf!

Das Ehrenprotokoll der Weltkraftkonferenz hat Reichspräsident von Hindenburg inne.

Die Weltkraftkonferenz, von England ins Leben gerufen, um durch internationale Zusammenarbeit die Erzeugung, Verteilung und Verwendung von Energie in jeder Form wissenschaftlich und industriell zu fördern, fand als Vollkonferenz zum ersten und bisher einzigen Male 1924 in London statt. Seitdem wurden nur Teilkonferenzen abgehalten; in Basel (1926) standen Fragen der Wasserkraftnutzung und Binnen-schifffahrt, in London (1928) Brennstofffragen zur Erörterung. Auch die Veranstaltungen in Barcelona (Mai 1929) über Wasserkrafterschließung und in Tokio (Oktober 1929) über die Entwicklung der Energiequellen stellten Teiltagungen dar; die letztgenannte fiel mit dem großen Weltingenieurkongreß zusammen. Der Schwerpunkt der Berliner Konferenz liegt in der Erörterung der Frage des Energieabfuges.

Außerhalb der Sitzungszeiten ist eine Reihe gesellschaftlicher Veranstaltungen geplant. Vor, während und nach der Konferenz werden interessante Werke der deutschen Industrie beschäftigt und zwar in folgenden Gegenden Deutschlands: Berlin; Mitteldeutschland (Elektrizitäts- und Gaswerke, insbesondere auch auf Braunkohlenbasis); Rheinland-Westfalen (Kohlenbergbau, Gas- und Elektrizitätswerke); Bayern (Deutsches Museum, Wasserkraftanlagen) und Baden (Dampf- und Gaswerke).

Rheinische Kolonialtagung.

Vorstandssitzung der Deutschen Kolonialgesellschaft.
Im Rahmen der Rheinischen Kolonialtagung fand in Aachen unter dem Vorsitz des früheren Gouverneurs von Südwestafrika Dr. Seitz eine Sitzung des Großen Vorstandes der Deutschen Kolonialgesellschaft statt. Der Reichsanwältminister, der Reichsfinanzminister und der Oberpräsident der Rheinprovinz hatten Begrüßungs-telegramme entsandt.

Staatssekretär a. D. von Lindequist und Geheimrat Regierungsrat von Jastrów berichteten über die Arbeiten der Gesellschaft auf dem Gebiet der Deutschsümpfung in den früheren deutschen Kolonien, insbesondere in Deutsch-Südwestafrika. Von besonderer Wichtigkeit sei die Errichtung deutscher Schulen. Staatssekretär a. D. Dr. Brugger berichtete eingehend über die im letzten halben Jahr begonnene Arbeit zur Förderung der Kolonialwissenschaft an den deutschen Universitäten.

Professor Dr. Thorbeck hob hervor, daß nicht zuletzt im Interesse der deutschen Kolonialwissenschaft der Wiedererwerb eigener überseeischer Gebiete für Deutschland zu fordern sei.

Auf einer Vorstandssitzung des Frauenbundes der Deutschen Kolonialgesellschaft wurde der Geschäftsbericht und die Arbeiten der künftigen Jahre besprochen. Der neue Plan, eine Haushaltungsschule in Südwestafrika für die heranwachsenden Farmertöchter zu errichten, fand unter lebhaftem Beifall Annahme.

Ermäßigung auch des Roheisens.

Die Bedeutung der Maßnahme.
Auch der Roheisenverband hat nunmehr eine Ermäßigung seiner Verkaufspreise um durchschnittlich zwei Mark pro Tonne beschlossen. Diese Ermäßigung ist um so bemerkenswerter, als der Roheisenverband trotz mehrmaliger Vollerhöhungen in den vergangenen Jahren seine Preise unverändert gelassen hatte, abgesehen von dem im Mai 1929 erfolgten Preiserhöhung um durchschnittlich vier Mark, die nach der letzten Kohlenpreiserhöhung vorgenommen wurde, im übrigen aber nichts anderes bedeutete, als eine Aufhebung der in der Zwischenzeit erhöhten Kampfpreise. Durch diese im Mai 1929 erfolgte Erhöhung der Roheisenpreise wurde im wesentlichen nur das Preisniveau von Anfang 1927 ungefähr erreicht.

Die Preisbeschlüsse des Roheisenverbandes verdienen also erhöhte Beachtung. Ausschlaggebend für diese Maßnahmen ist im übrigen auch die überaus unbefriedigende Nachfrage und die große Stille sowohl auf dem Auslandsmarkt wie auch auf dem Inlandsmarkt.

Ein Mitverfasser des Versailler Diktates gestorben.

Der französische Senator Klotz ist plötzlich gestorben. Er stand im Alter von 62 Jahren. Klotz war zuletzt Finanzminister im Cabinet Clemenceau. Ende 1928 verurteilte ihn das Gericht wegen Betrügereien im Zusammenhang mit der Panau-Affäre zu 2 Jahren Gefängnis. Nach Verbüßung eines Jahres wurde er auf freier Fuß gesetzt.

Das Ende des Dawes-Plan.

Über die Reparationszahlungen erfolgte ein Schlußbericht Barker Gilberts. Der Reparationsagent stellt fest, daß während der ganzen Zeit des Dawes-Planes die Reparationen nach den Bestimmungen des Planes vollständig bezahlt und transferiert worden sind, und die Erwartungen der Sachverständigen erfüllt, wenn nicht übertroffen worden seien.

Barker Gilbert schließt seinen Bericht nach einer scharfen Kritik der deutschen Finanzpolitik mit dem Hinweis, der neue Plan sei ein Akt des Vertrauens auf den Willen Deutschlands, eine klare Aufgabe ohne fremde Aufsicht und ohne den Transferschutz des Dawes-Planes zu erfüllen.

Massenfestnahmen von Nationalsozialisten.

Gegen das Verbot des preussischen Innenministers veranstalteten die Berliner Nationalsozialisten Märche durch die Vororte Berlins und die Innenstadt. Ein Zug, der die Innenstadt durchziehen wollte und 120 Mann stark war, wurde von der Polizei umringt und nach dem Polizeipräsidium weitergeführt. Bis auf 18 Nationalsozialisten, die Uniform trugen, wurden alle anderen freigelassen.

Bilanz der Besatzungsgerichte.

In acht Jahren 7325 Verurteilungen in der Pfalz!
— Landau, 16. Juni.
Mit dem Abzug des Generalkommandos des 32. französischen Armeekorps aus Landau sind nun

auch die französischen Militärgerichte in der Pfalz aufgelöst worden. Die Bilanz dieser Gerichte ist erschütternd!

In der Zeit vom 1. Dezember 1922 bis zum 31. Mai 1930 sind insgesamt 7325 Verurteilungen ausgesprochen worden. In drei Fällen wurde auf lebenslängliche Zwangsarbeit erkannt; ferner wurde erkannt auf 50 Jahre Zwangsarbeit, 30 Jahre Zuchthaus, 836 Jahre 11 Monate und 15 Tage Gefängnis, 258 156 Goldmark und 36 974 Francs Geldstrafe. Das sind rund 1000 Jahre Freiheits- und eine Viertel Million Geldstrafen! Hinzu kommen noch die Verurteilungen in der Zeit vom November 1918 bis Ende November 1922, worüber keine Statistiken geführt worden sind.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 16. Juni 1930.
— Der Mecklenburgische Städtetag protestiert in einer Entschließung gegen den Entwurf der Reichshäufigkeitsordnung und legt sich für Beibehaltung der bestehenden Magistratsverfassung ein.

:: Deutscher Dank an Italien. Der Kommandant des deutschen Schulkreuzers „Karlsruhe“ hat nach der Abfahrt aus Sardinien der italienischen Regierung seinen Dank für die freundliche Aufnahme in Cagliari ausgesprochen.

:: Das Gesetz über die Fälligkeit und Verzinsung der Aufwertungshypothesen, das neben der Plenarversammlung des Reichsrats vorlag, ist entsprechend einem preussischen Antrag noch einmal an die Ausschüsse zurückerwiesen worden.

:: Die ärztlichen Spitzenorganisationen, der Deutsche Ärzteverein und der Verband der Ärzte Deutschlands, haben gemeinsam einen Beschluß gefaßt, der sich gegen die geplanten organisatorischen Änderungen im Krankenversicherungswesen wendet, wie die Einführung von Bartetagen für den Bezug, Einführung einer Krankenscheingebühr und die stärkere Beteiligung an den Arztkosten.

:: 1929 sind 746 Beamtenstellen abgebaut worden. Nach einer dem Reichstag vom Reichsfinanzminister gemachten Mitteilung sind 1929 auf Grund der Bestimmung des Besoldungsgesetzes, nach der jede dritte freiwerdende Stelle in der Reichsverwaltung nicht mehr besetzt werden darf, 746 Stellen weggefallen. Der Hauptanteil entfällt auf die Finanzämter, bei denen 541 Stellen wegfielen.

Rundschau im Auslande.

! Die Reise einer lettischen Abordnung, die Verhandlungen mit Deutschland über die Erhöhung des Butterzolls führen sollte, ist, wie verlautet, aufgeschoben worden.

! In Paris wurde eine deutsche Kommunistin, die dort im Auftrage der Internationalen tätig war, verhaftet und sofort an die Grenze abgeschoben.

! Lord Strickland, der britische Ministerpräsident von Malta, ist zur Berichterstattung über seinen Konflikt mit der katholischen Kirche in London eingetroffen.

Polens Schiffsbauten verurteilen Rußland.

! Die russischen Militärgeheimnisse äußern Beunruhigung über die polnischen Schiffsbauten. Nach diesen Darstellungen soll die polnische Flotte nach und nach folgende Stärke erreichen: drei U-Boote, sechs Kreuzer, zwölf Minenboote, sechs Torpedoboote und 18 U-Boote. Im Augenblick ist man allerdings von diesem Stande in Warschau noch weit entfernt.

Graf Bethlen in London.

! Der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen hat sich mit seiner Gemahlin nach London begeben. Zu Ehren des ungarischen Gastes veranstaltet die englische Regierung einen Empfang.

Zaleski über Panuropa.

Polen hält an seinem Raube fest. — Gegen jede Revisionspolitik.

Der polnische Außenminister Zaleski sprach in Krakau über die Panuropa-Denkchrift Briand's. Zaleski ist danach der Ansicht, daß eine Verständigung Europas auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet nur dann möglich ist, wenn in der künftigen Union die finanziellen, wirtschaftlichen und politischen Interessen aller beteiligten Staaten gleichmäßig gewertet und berücksichtigt werden. Die europäische Union müsse eben dem Wohlstand aller Völker des Abendlandes dienen. Insofern kann man Zaleski nur beipflichten.

Nicht verstehen kann man aber, wie Zaleski im gleichen Atemzug forschen kann, wer sich für die Revision der Friedensverträge einsetze, der torpediere damit den ganzen Panuropa-Plan. Denn diese „Feststellung“ besagt nichts anderes als das Polen, um nichts von seinem Raube heranzugeben, sich den Ansehen gibt, als wenn im Rahmen der gegenwärtigen Systeme ein wirkliches Zusammenleben der Völker — denn das ist doch wohl die Voraussetzung aller Panuropa-Pläne? — möglich ist!

Amerika schließt sich ab.

Die Zolltarifnovelle vom Senat angenommen.

Die Zolltarifnovelle der Vereinigten Staaten, deren Durchführung die europäische Ausfuhrindustrie erheblich schädigen mußte, ist vom Senat mit 44 gegen 42 Stimmen angenommen worden.

Die Entscheidung des Senats hat in Berlin beträchtliches Aufsehen erregt, und das um so mehr, als nach zuverlässigen Berichten aus Washington nicht mehr daran zu zweifeln ist, daß Präsident Hoover die Novelle unterzeichnen wird. Immerhin hofft man, daß Präsident Hoover von der Möglichkeit, auf verwaltungsmäßigen Wege Zollherabsetzungen bis zu 50 v. H. vorzunehmen, Gebrauch macht.

Aber auch unter Berücksichtigung dieser Möglichkeit ist nach deutscher Ansicht die Neuordnung der amerikanischen Zölle nicht geeignet, die deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen zu verbessern.

Major Pabst verhaftet.

Ausweisung aus Deutsch-Oesterreich. — Erregung bei der Heimwehr.

— Wien, 16. Juni.

Der Bundesstaabschef der österreichischen Heimwehrorganisation, der preussische Major Pabst, wurde in Wien verhaftet und soll nunmehr aus Deutsch-Oesterreich abgeschoben werden. In der Wohnung wurde eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Eine von der Polizeidirektion Wien darüber veröffentlichte Mitteilung besagt:

„Der deutsche Staatsangehörige Major a. D. Waldemar Pabst, der 1920 nach dem sogenannten Kapp-Putsch aus Deutschland nach Oesterreich flüchtete, wurde, da er sich in Oesterreich in einer für einen Ausländer unzulässigen Weise politisch betätigte, zur Bundespolizeidirektion vorgeladen und nach Durchführung des erforderlichen Verfahrens kündigt aus Oesterreich ausgewiesen.“

Gegen die Ausweisungsverfügung kann Major a. D. Pabst beim Landeshauptmann von Wien, Bürgermeister Seitz, der der Sozialdemokratischen Partei angehört, bis Dienstag Einspruch erheben. Major a. D. Pabst scheint sich jedoch lediglich die Protestmöglichkeit offen halten zu wollen, ohne bei Seitz vorstellig zu werden. Die Grenze, über die er abgeschoben werden will, kann sich Major a. D. Pabst selbst wählen. Man nimmt an, daß er sich nach Ungarn oder Italien wenden wird.

In den Kreisen der Heimwehr hat die Ausweisung des militärischen Organisationsgroße Erregung hervorgerufen. Eine Abordnung der Heimwehführung begab sich sofort nach Besançon, um die Ausweisungsverfügung zu dem Bundeskanzler Dr. Schober. Am heutigen Montag tagt die Führung der Heimwehren.

Rechtsbruch in Memel.

Litauisches Militär befreit einen Gefangenen.

In Memel wurde ein überaus schwerer Rechtsbruch begangen. Unter Führung von zwei Offizieren erschien vor dem Gefängnis in Memel eine schwer bewaffnete litauische Abteilung und befreite den wegen Unterschlagung zu zwei Jahren Gefängnis verurteilten früheren Beamten Gerwinus. Die Auslieferung des Gerwinus, die Sowjetunion schon vor längerer Zeit gefordert hatte, war von Memel abgelehnt worden.

Sündende Blitze.

Schwere Gewitter über Mecklenburg. Anwetter im Taunus. — Die Ernte vernichtet.

Am Freitagnachmittag zogen schwere Gewitter über Mecklenburg hinweg, die an verschiedenen Stellen Brandschäden verursachten.

Im Dorfe Lüderdorf wurde ein Wohnhaus mit den dazugehörigen Wirtschaftsgebäuden durch Blitzschlag eingestürzt. In Parkow wurden zwei Wirtschaftsgebäude eines Bauernhofes gleichfalls vom Blitzschlag vernichtet. Weiter schlug der Blitz in eine Scheune in Blüthen. Auf der Feldmark der Ortschaft Neudöllin wurde eine Hofbesitzerstochter auf dem Felde durch Blitzschlag getötet. Die Gewitter waren von wolkentragenden Regenwolken und Hagel anern begleitet.

Ein furchtbares Unwetter ging in den Abendstunden des Freitag über dem Taunus nieder. Schwere Gewitter mit wolkenbruchartigen Regenfällen und Hagelschlag vernichteten in kurzer Zeit die Erntehoffnungen der Landwirte.

Zweiundzwanzig Personen durch Hagelschlag getötet.

Wie aus Athen gemeldet wird, wurden in Slatina in Griechisch-Mazedonien 22 Personen durch Hagelschlag, der in riesigen Körnern niederprasselte, getötet und 29 Personen schwer verletzt. Hagelkörner so großen Ausmaßes sind in Griechenland noch niemals beobachtet worden.

Die Hitzewelle über Deutschland.

Die letzte Hitzewelle, von der die Wetterpropheten annehmen, daß sie jetzt zu Ende geht, brachte uns Temperaturen, wie sie für den Juni gewöhnlich nicht zu verzeichnen sind. Anhaltende sommerliche Junihitze wie in diesem Jahre herrschte nicht mehr seit 1917. Selbst im heißesten Sommer des letzten Jahrzehnts, im Jahre 1921, gab es nur zwei heiße Junitage: den 4. und 5. Juni mit einer Temperatur von 34,5 Grad Celsius in Berlin. Ueberstritten wurde diese Temperatur in den letzten 60 Jahren nur zweimal, nämlich 1833 mit 34,8 Grad und am 10. Juni 1915 mit 35,1 Grad.

Brand im Schulkino.

29 Kinder umgekommen.
Nach Moskauer Meldungen brach während einer Filmvorführung in einer Schule in Charkow plötzlich Feuer aus. Unter dem anwesenden 400 Kindern und 100 Erwachsenen entstand ein furchtbarer Panik. Sie stürzten zu den Fenstern, um sich durch ausgebreitete Sprungtücher retten zu lassen. Leider hatte die Feuerwehr nicht genügend Sprungtücher zur Verfügung, so daß nach bisher unbekanntem Ausmaß 29 Kinder ums Leben kamen. Verletzt wurden 89.

Wie Segrave verunglückte.

Der Bericht der Augenzeugen.
Die Todesfahrt des englischen Motorboot-Mannfahres Sir Henry Segrave spielte sich nur vor einem kleinen Zuschauerkreis ab. Die wenigen Augenzeugen sind der Ansicht, daß die „Miß England II“ im Augenblick der Katastrophe eine größere Geschwindigkeit als je zuvor hatte, die mindestens 100 Stundenmeilen betrug. Der Zeitaufnehmer erklärte, daß Sir Henry Segrave vermutlich seine Abicht im letzten Moment geändert haben müsse, da er ursprünglich nur zwei Runden fahren wollte.

Das Schiffsverderben ist durch Boote nach der Seite des Mechanikers abgesehen worden. Der Ingenieur, der zugleich mit Segel gerichtet wurde, hat starke Verletzungen im Gesicht und an den Augen davongetragen. Ueber den Vorgang der Katastrophe erklärte er, daß er sich an nichts erinnern könne. Das Boot sei ausgeglichen gefahren. Das einzige, woran er sich erinnern könne, sei ein plötzlicher Stoß gewesen. Als er wieder zur Besinnung kam, habe er bereits im Krankenhause gelegen.

Die Katastrophe der „Miss England II“ durch einen schwimmenden Zweig herbeigeführt?

London, 16. Juni. Zu der Katastrophe der „Miss England II“, bei der Lord Segel ums Leben gekommen ist, erklären die Sachverständigen, der Unfall dürfte darauf zurückzuführen sein, daß das Boot in der Rennfahrt auf einen schwimmenden Zweig aufgefahren ist.

Der Mechaniker Segraves tot aufgefunden.

Die Leiche des nach der Katastrophe der „Miss England II“ vermißten Mechanikers Halliwell ist geborgen worden. Der Tote hielt in der rechten Hand noch ein Papierstück und in der anderen einen Bleistift und war offensichtlich im Augenblick der Ueberschlagung des Bootes damit beschäftigt, die Geschwindigkeit zu notieren.

Anfall eines Militärautos

Br. in, 16. Juni.

Zwischen Ertha und Ohrdruf ist ein Lastkraftwagen der 2. Kompanie der 15. Artillerie-Abteilung, die zurzeit auf dem Truppenübungsplatz Ohrdruf befindet, infolge Materialabfalzens rückwärts ins Rollen geraten. Ein Gefreiter wurde bei dem Versuch, sich durch Ueberfahren zu retten, überfahren und ist seinen Verletzungen erlegen. Vier weitere Angehörige der 2. Kompanie wurden leicht verletzt.

Autounfall bei Berlin

Berlin, 16. Juni.

Ein mit drei Berliner Ärzten besetztes Auto geriet bei Wandlitz beim Ueberholen ins Schleudern und fuhr gegen einen Baum. Das Auto wurde zertrümmert und begrub die Insassen unter sich. Vorbeikommende Automobilisten sorgten für ihre Ueberführung ins Panower Krankenhaus. Der eine Arzt konnte wieder entlassen werden, während seine beiden Kollegen sowie die Schwester des einen Arztes wegen schwerer innerer Verletzungen im Krankenhaus bleiben mußten.

28 Kinder bei einem Brand umgekommen

Charlow, 16. Juni.

Auf Veranlassung der Charlower Sowjets ist eine besondere Kommission mit der Untersuchung der furchtbaren Brandkatastrophe betraut worden, der während einer Kindervorstellung 28 Kinder zum Opfer gefallen sind. Nach den bisherigen Feststellungen ist das Unglück dadurch entstanden, daß das Filmband während der Vorführung Feuer fing. Unter den 500 Zuschauern, Eltern und Kindern, brach eine Panik aus. Die meisten der 28 Todesopfer wurden bei dem (Bedränge) erdrückt. Sechs Kinder wurden schwer und fünf leicht verletzt.

Dr. Matschet freigesprochen.

14 von 24 Angeklagten zu Herkerkräften verurteilt. — Belgrad, 16. Juni.

In dem Kroatenprozeß vor dem südslawischen Staatsgerichtshof in Belgrad wurde nunmehr das Urteil gefällt. Von den 24 Angeklagten wurden zehn freigesprochen und 14 wegen „Verbrechens gegen die Sicherheit des Staates“ zu Strafen von sechs Monaten Arrest bis zu 14 Jahren Gefängnis verurteilt. Unter den Freigesprochenen befindet sich auch der Führer der ehemaligen kroatischen Bauernpartei, Dr. Matschet.

Die verhafteten Kroaten standen unter der Anklage, an einem Attentatsversuch auf einen Eisenbahnzug beteiligt zu sein, durch den eine kroatische Guldigungsabordnung auf dem Weg nach Belgrad in die Luft gesprengt werden sollte. Dr. Matschet selbst wurde beschuldigt, die Terrororganisation mit Geld unterstützt zu haben. Die Beweisführung vor Gericht offenbarte sehr fragwürdige Untersuchungsmethoden der Polizei, so sind z. B. durch Folterungen unter Grammobhombegleitung „Geständnisse“ erpreßt worden.

Im Zeitalter der Technik.

Zwei Nischenversammlungen begrüßen sich. — Viele Millionen Mundfunkteilnehmer hören zu.

Die Teilnehmer an dem am Mittwoch, den 18. Juni in Berlin stattfindenden Weltkongress, dem offiziellen Bankett der Weltkongress, werden Zeugen eines ganz besonders interessanten Ereignisses sein.

Zum ersten Mal in der Geschichte der drahtlosen Nachrichtenübermittlung wird eine funktelephonische Verständigung zwischen zwei gleichzeitig in verschiedenen Teilen tagenden Kongressen, der Weltkongress in Berlin und der Jahresversammlung der National Electric Light Association (N. E. L. A.) in San Francisco zustande kommen.

Die Unterhaltung wird auf deutscher Seite geführt von Eggellenz Dr.-Ing. e. h. Oskar v. Miller, dem Ehrenvorsitzenden, und von Generaldirektor Dr.-Ing. e. h. C. Körtgen, dem Vorsitzenden der Berliner Weltkongress, von amerikanischer Seite von Dr. Sloan, dem Präsidenten, und Dr. Owen D. Young, dem Aufsichtsratsvorsitzenden der N. E. L. A.

Gleichzeitig nehmen an dieser Unterhaltung der Right Hon. Carl of Derby, der bisherige Präsident der Weltkongress und Senator Guglielmo Marconi, die sich zu diesem Zeitpunkt beide in London befinden, sowie Thomas Alva Edison in Orange, New Jersey, teil. Insgesamt stehen also vier verschiedene Plätze der Erde miteinander in Verbindung.

Das Programm für diese Unterhaltung zwischen Alt und neuer Welt ist bereits in allen Einzelheiten festgelegt worden.

Aus dem Gerichtssaal

Der Weinböhlaer Sittenstand

Wie noch allgemein erinnerlich sein dürfte, wurde am 14. Januar eine größere Anzahl Personen aus Weinböhla festgenommen, die im Verdacht standen, mit den 18jährigen Schülerinnen P. und F. aus Weinböhla geschlechtliche Beziehungen unterhalten, bezw. unzüchtige Handlungen an ihnen vorgenommen zu haben. Diese Sittlichkeitsaffäre zog immer weitere Kreise und nach ihrer völligen Klärung waren insgesamt 24 Personen im Alter von 18 bis 67 Jahren festgenommen. Ein Teil der Verhafteten wurde, soweit kein Fluchtverdacht vorlag, nach richterlicher Vernehmung wieder auf freien Fuß gesetzt. Unter den Entlassenen befand sich auch ein 30 Jahre alter Bäcker aus Weinböhla. Dieser kehrte jedoch nicht wieder nach seiner Wohnung zurück, sondern machte seinem Leben freiwillig ein Ende. Am Abend des 21. Januar wurde seine Leiche auf dem Bahnhöfe bei Niederbau aufgefunden. Bereits am 18. März wurde einer der Täter, der 37 Jahre alte Maschinentechniker Max Reinhard leicht wegen Sittlichkeitsverbrechen (Vornahme unzüchtiger Handlungen an Mädchen unter 14 Jahren) vom Gemeinsamen Schöffengericht Dresden zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt. Auf die Berufung des Angeklagten setzte jedoch die dritte Strafkammer des Landgerichtes Dresden das Strafmaß auf 9 Monate Gefängnis herab.

Die übrigen Angeklagten, der Arbeiter Schneider (49 Jahre), der Kranführer Konziella (33 Jahre), der Monteur Häppler (21 Jahre), der Maurer Richter (67 Jahre), der Arbeiter Fröde (22 Jahre), der Geschäftsführer Jische (23 Jahre), der Hauswirtschafter Zimmermann (25 Jahre), der Arbeiter Richter (21 Jahre), der Malermeister Schulze (41 Jahre), der Sattler Grüner (65 Jahre), der Arbeiter Benad (22 Jahre), der Malermeister Vieche (62 Jahre), der Zählerableser Kynast (43 Jahre), der Presser Mägel (41 Jahre), der Reichsbahnbetriebsassistent Adler (38 Jahre), der Händler Klotzke (51 Jahre), der Reichsbahnsekretär Gollnit (49 Jahre), der Arbeiter Müller (20 Jahre), der Fleischer Anzol (23 Jahre), der Arbeiter Dietrich (27 Jahre), der Arbeiter Richter (18 Jahre) und der Bergarbeiter Kohn (27 Jahre), stehen nun gemeinsam vor dem Gemeinsamen Schöffengericht Dresden. Von den Angeklagten fehlte der Monteur Häppler entschuldigt.

Die übrigen 21 Angeklagten werden nach dem Eröffnungsbeschluss beschuldigt, sich in den Jahren 1927 bis 1929 wiederholt an dem Schulmädchen F. aus Weinböhla, Adol Richter, Otto Schulze und Hellmuth Richter auch an dem Schulmädchen F. aus Weinböhla, unzüchtig vergangen, bezw. unzüchtige Handlungen vorgenommen zu haben. Außer den beiden Angeklagten Konziella und Kohn befanden sich jetzt sämtliche Angeklagten auf freiem Fuß.

Urteil im Weinböhlaer Sittenstand

Nach viertägiger geheimer Beweisführung im Weinböhlaer Sittenprozeß wurde vom Gemeinsamen Schöffengericht Dresden folgendes Urteil verkündet: Wegen Sittlichkeitsverbrechens an der am 5. Februar 1916 geborenen Schülerin F. und der am 3. September 1915 geborenen Schülerin F. werden kostenpflichtig verurteilt der 67 Jahre alte Maurer Adolf Richter zu 1 Jahr Gefängnis und 3 Jahren Ehrenrechtsverlust; der 41 Jahre alte Maler Otto Schulze zu 1 Jahr 2 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrenrechtsverlust und der 18 Jahre alte Arbeiter Hellmuth Richter zu 6 Wochen Gefängnis; wegen Sittlichkeitsverbrechens an der am 5. Febr. 1916 geborenen Schülerin F. werden kostenpflichtig verurteilt der 49 Jahre alte Arbeiter Heinrich Schneider zu 10 Monaten Gefängnis und 2 Jahren Ehrenrechtsverlust; der 33 Jahre alte Kranführer Viktor Konziella zu 6 Monaten; der 22 Jahre alte Arbeiter Georg Fröde zu 6 Monaten; der 25 Jahre alte Hauswirtschafter Willy Zimmermann zu 7 Monaten; der 21 Jahre alte Arbeiter Kurt Richter zu 7 Monaten; der 65 Jahre alte Sattler Josef Grüner zu 6 Monaten; der 62 Jahre alte Malermeister Bernhard Vieche zu 6 Monaten; der 43 Jahre alte Zählerableser Kurt Kynast zu 10 Monaten Gefängnis und 2 Jahren Ehrenrechtsverlust; der 41 Jahre alte Presser Reinhold Mägel zu 1 Jahr Gefängnis und 3 Jahren Ehrenrechtsverlust; der 51 Jahre alte Händler Hermann Klotzke zu 8 Monaten Gefängnis und 2 Jahren Ehrenrechtsverlust; der 49 Jahre alte Reichsbahnsekretär Peter Gollnit zu 8 Monaten; der 20 Jahre alte Arbeiter Hermann Müller zu 7 Monaten; der 23 Jahre alte Fleischer Georg Anzol zu 9 Monaten; der 27 Jahre alte Arbeiter Franz Dietrich zu 8 Monaten und der 23 Jahre alte Bergarbeiter Erich Kohn zu 10 Monaten Gefängnis; der 23 Jahre alte Geschäftsführer Arthur Jische und der 22 Jahre alte Arbeiter Ernst Benad sowie der 38 Jahre alte Reichsbahnassistent Heinrich Adler werden kostenlos freigesprochen. Die Angeklagten Konziella, Fröde, Grüner, Vieche und Hellmuth Richter erhalten unter einer Auflage einer Geldbuße von je 100.— RM (bei Vieche 200.— RM) eine dreijährige Bewährungsfrist. Weiter wurde der Haftbefehl gegen den Angeklagten Konziella aufgehoben, so daß gegenwärtig nur noch der Angeklagte Kohn, der zurzeit keinen festen Wohnsitz hat, sich in Haft befindet.

In der mündlichen Urteilsbegründung führte Amtsgerichtsdirektor Dr. Roth etwa folgendes aus: Der Prozeß, der wohl in Bezug auf seinen Umfang einzig dasteht, hat in den meisten Fällen das Gericht zur Ueberzeugung einer Schuld fast aller Angeklagten gebracht. Es war eingehend die Glaubwürdigkeit der beiden Mädchen zu prüfen. Die P. lernte im Haushalt ihrer Pflegermutter, die zahlreiche Untermieter beherbergte, schon frühzeitig den unzüchtigen Umgang mit Männern kennen und war bald völlig verwahrlost. Ein Rätsel bleibe allerdings, daß man in der Schule davon nichts gemerkt habe. Auch die F. sei in sittlicher Beziehung stark verwahrlost. Trotz der Verworfenheit der beiden Mädchen habe aber das Gericht in Verbindung mit den eigenen Angaben der Angeklagten die Ueberzeugung gewonnen, daß ihre Aussagen der Wahrheit entsprechen. Bei allen Angeklagten habe das Gericht strafmildernd die moralische Verworfenheit der Mädchen und den Umstand, daß die Anregung zu den Straftaten in den meisten Fällen von diesen ausging, in die Waagschale geworfen und nur auf Gefängnisstrafen erkannt.

Das Züchtigungsrecht der Lehre.

Ein außerordentlich interessanter Prozeß beschäftigte das Dresdner Schöffengericht. Wegen Körperverletzung im Amte, Vergehen nach § 340 des Str. G. B. hatten sich der Lehrer Schumann und der Schulleiter Heinia, die an

verwahrloste in Klein-Raudorf (Bez. Dresden) beschäftigt sind, zu verantworten. Nach dem Eröffnungsbeschluss sollte Schumann in drei einzelnen Fällen Schulkinder geprügelt, bezw. geschlagen, und in einem Falle Mitschülerinnen eines Schulmädchens aufgefördert haben, dieses zu verprügeln. Heinia wird beschuldigt, zwei Schulkinder geprügelt zu haben. Während der Angeklagte Schumann alles bestritt, gab Heinia zu, einmal einen unaufmerksamen Schüler an den Kopf „geippt“, im anderen Falle einen fleghaftesten Schüler mit einem leichten Badenreich gestraft zu haben. — Die Beweisführung gestaltete sich nicht ganz einfach, da es sich in der Hauptsache um kleinere Kinder im Alter von 8 bis 10 Jahren handelte, die die Vorgänge zum größten Teil schon völlig wieder vergessen hatten. Das Gericht sah schließlich Schumann nur in einem Falle einer Körperverletzung für überführt an und verurteilte ihn insoweit zu 30 RM Geldstrafe oder 3 Tagen Gefängnis unter Freisprechung aller übrigen zur Anklage stehenden Fälle, Heinia erhielt wegen Körperverletzung in zwei Fällen 40 RM Geldstrafe oder 4 Tage Gefängnis. In der Urteilsbegründung gab das Gericht bekannt, daß sich die Beurteilung lediglich auf die eigenen Angaben der Angeklagten, bezw. auf die Aussagen erwachsener Zeugen stütze.

1 Jahr 9 Monate Zuchthaus für Blutschande

Das Gemeinsame Schöffengericht Dresden verurteilte in geheimer Sitzung den 40 Jahre alten Kattiner Angermann aus Dresden-Goldwitz wegen Blutschande zu 1 Jahr 9 Monaten Zuchthaus und 2 Jahren Ehrenrechtsverlust. Zwei Monate der erkannten Strafe gelten als durch die Untersuchungshaft verbüßt. Der Angeklagte hatte sich an seiner noch nicht 15jährigen Tochter vergangen. Diese sträflichen Beziehungen sind nicht ohne Folgen geblieben. Anfang Mai entband das jetzt erst 15 jährige Mädchen. Der Angeklagte war nach anfänglichem hartnäckigem Beugnen schließlich völlig zusammengebrochen und hatte ein umfangreiches Geständnis abgelegt.

Am das Notopfer

Der Landesbeamtenauschuß und der Beamtenauschuß Ost Sachsens der Deutschen Volkspartei faßten einstimmig eine Entschliessung, in der die vom Reichskabinett beabsichtigte einseitige Belastung der Festbesoldeten entschieden abgelehnt wird. In der Aufbringung der erforderlichen Mittel müßten sich alle leistungsfähigen Kreise auf breiterer Grundlage beteiligen, wobei soziale Ungerechtigkeiten unbedingt vermieden werden müßten.

Ebenso wie zahlreiche andere Beamtenorganisationen hat nunmehr auch der Landesverband der höheren Beamten Sachsens, der in 22 Unterverbänden rund 10 000 Mitglieder umfaßt, zu der Vorlage der Reichsregierung auf ein Notopfer der Beamten und Festbesoldeten ablehnend Stellung genommen. — An den sächsischen Ministerpräsidenten, die Minister und die zuständigen Behörden wurde eine Eingabe gerichtet, in der die Gründe für die Ablehnung ausführlich dargelegt werden.

Das Landesartell und der Landesbund Sachsen des deutschen Beamtenbundes haben im Namen der Reichs-, Staats-, Gemeindebeamten und Lehrer im Freistaat Sachsen eine gemeinsame Entschliessung gefaßt, die sich gegen die einseitige Belastung der Beamtenerschaft durch das geplante Notopfer wendet.

Eine Abordnung des Landesartells und des Landesbundes Sachsen wurde beim Ministerpräsidenten Schied wegen der vom Reich geplanten beamtenpolitischen Maßnahmen vorstellig, wobei dem Ministerpräsidenten die schweren Bedenken der Beamtenerschaft vorgetragen und ihm von der täglich wachsenden Erregung der Beamten Mitteilung gemacht wurde. Ministerpräsident Schied erklärte, daß der sächsische Regierung die in Frage kommenden Befehle bisher noch nicht zugegangen seien. Deshalb habe auch die sächsische Gesamtregierung zur Sachlage noch nicht Stellung nehmen können. Der Ministerpräsident erklärte aber für seine Person, daß er ebenfalls die schwersten Bedenken gegen eine so einseitige und schematische Belastung eines Teils des Volkes hege.

64,4 v. S. Arbeitslose.

Ende Mai gab es im sächsischen Zimmerergewerbe nicht weniger als 64,4 v. S. Arbeitslose (Lehrlinge nicht eingerechnet). Gegenüber Ende April ist dies ein Rückgang um nur 8,32 v. S.

Sächsisches.

Leipzig. Die ununterbrochen fortgeführten kriminalpolizeilichen Ermittlungen zur Feststellung der Autobahntäter haben bisher leider zu keinem Erfolg geführt. Vom Publikum ist eine große Anzahl Hinweise eingegangen, die zum Teil noch der Nachprüfung unterliegen.

Der 38 Jahre alte Kassenbote Goldacker, der am Mittwoch bei dem verunglückten Raubüberfall durch Schüsse in den Unterleib und den Oberarm verletzt wurde, ist am Sonntag morgen im Krankenhaus seinen schweren Verletzungen erlegen.

Leipzig. Das Lehrgut Cunnersdorf wird wieder aufgebaut. In dem der Stadtgemeinde Leipzig gehörenden Rittergut Cunnersdorf, das als Lehrgut des Landwirtschaftlichen Instituts an der Universität Leipzig betrieben wird, war in der Nacht vom 17. zum 18. April durch ein Schadenfeuer das westliche Stallgebäude zu einem großen Teil vernichtet worden. Da die ausgebrannten Räume sehr notwendig zum Wirtschaftsbetrieb gebraucht werden, hat der Rat beschlossen, für den Wiederaufbau 8 500 RM bereitzustellen und die Wiederherstellungsarbeiten bereits beginnen zu lassen. Die Brandschadenvergütung wird voraussichtlich 8000 RM betragen.

Leipzig. Schwere Zusammenstoß. Durch großes Verschulden eines Radfahrers kam es an der Ecke Melchior- und Neustädterstraße zu einem schweren Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnzug und einem Lastkraftwagen. Ein Fußgänger wurde hierbei schwer verletzt und mußte dem Krankenhaus zugeführt werden. Der Chauffeur sowie sein Beifahrer kamen mit leichten Verletzungen davon. Das Unglück wurde dadurch verursacht, daß der Radfahrer, gerade als ihn der Kraftwagen links überholen wollte, diesen auf die Fahrbahn der Straßenbahn drängte.

